



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 2

Februar 1972

AIB - Aktuell

S. 2

Südvietnam

v. Freyberg, Schilling:
Friedenstauben aus dem Pentagon

S. 3 – 4

Chile

D. u. E. Boris, W. Ehrhardt:
Zur Vorgeschichte des Wahlsieges der Unidad Popular
Salvador Allende:
Die Überwindung des Kapitalismus in Chile
Interview mit Pedro Vuskovic

S. 4 – 7

S. 7 – 10

S. 10 – 15

Angola

MPLA:
Erklärung zur Rücknahme der Anerkennung der „GRAE“ durch
die OAU

S. 16 – 18

Arabischer Golf

P. Dietzel:
Erdöl im Arabischen Golf
K. H. Werner:
Briten gehen – um zu bleiben

S. 18 – 19

S. 20

Kurzinformation

S. 21 – 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Eric Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-AKTUELL

Das Interesse unserer Leser am "Anti-imperialistischen Informationsbulletin", das sich nicht nur in der Zunahme der Abonnements sondern auch im gesteigerten Postverkehr mit der Redaktion ausdrückt, ist für uns Ansporn und Verpflichtung die Qualität des AIB weiter zu verbessern, um sie noch stärker zur direkten Waffe im Klassenkampf zu machen.

Da die Zeit, die uns für die Redaktionsarbeit zur Verfügung steht, begrenzt ist, ist dies jedoch nur möglich, wenn im zweiten Teilbereich unserer Arbeit, der Organisation und Technik, die dafür notwendige Zeit verringert werden kann.

Wir freuen uns, über die hohe Zahlungsmoral der Mehrzahl unserer Abonnenten. Dennoch gibt es einige Probleme, zu deren Lösung unsere Leser beitragen könnten.

Bei Bestellungen bitten wir, Name und Adresse deutlich, am besten in Großbuchstaben zu schreiben. Unleserliche Namen und Adressen führen oft dazu, daß die Sendungen zurückkommen, daß wir neuerlich an die Entzifferung schreiten müssen, bis es dann im zweiten Falle klappt - oder auch nicht, kurz Portokosten und Arbeitszeit steigen. Das gleiche Problem stellt sich, wenn Adressenänderungen überhaupt nicht, oder zu spät bekannt gegeben werden. Im schlimmsten Fall bekommen Sie das AIB nicht mehr und schimpfen auf die Redaktion, die daran nichts ändern kann.

Der zweite Problemkomplex betrifft die Überweisung der Abonnementsgebühren. Auch hier sind oftmals Name und Adresse nicht lesbar. Manche Leser verzichten sogar darauf, ihren Namen und ihre Adresse anzugeben, und einige geben als Absender die Anschrift der AIB-Redaktion an. In all diesen Fällen können wir überhaupt nichts tun. Die Folge ist, daß wir Mahnungen an Leser verschicken, die bereits bezahlt haben, und uns deshalb empörte Briefe schreiben. Die Redaktion muß daraufhin antworten und das Mißverständnis erklären. Auch das bedeutet also für uns mehr Arbeit und höhere Portokosten.

Als letztes möchten wir unsere Leser bitten, Bestellungen oder andere Mitteilungen nicht auf der Rückseite des Einzahlungsscheines vorzunehmen.

Wir glauben, daß die Lösung aller hier aufgeführten Probleme, zu denen wir die verstärkte Mitarbeit unserer Leser benötigen, in unser aller Interesse liegt, weil dadurch Mißverständnisse beseitigt werden, und wir mehr Zeit für bessere inhaltliche Redaktionsarbeit gewinnen.

Seit kurzem verfügt die Redaktion über zwei aus je 26 Blättern bestehende Plakatsammlung, die vom African National Congress zusammengestellt wurde. Der englische Text informiert über die Situation in der Republik Südafrika und den nationalen und sozialen Befreiungskampf des Volkes. Die Plakate eignen sich sehr gut als Anschauungs- und Aufklärungsmaterial. Sie können von uns jederzeit ausgeliehen werden.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,- DM "

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstraße 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr 312 093
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin

3/72

bringt u.a.:

Südliches Afrika: Klassenkämpfe in Namibia, Rhodesien, Angola

Türkei: aktuelle Entwicklung

Indochina: politisch-militärische Entwicklung im Jahr 1971

Redaktionsschluß war für diese Nummer der
20.1.1972

SÜDVIETNAM

J.v.FREYBERG, B.SCHILLING:

FRIEDENSTAUBEN AUS DEM PENTAGON

US-Präsident Nixon hat den Kampf um die Präsidentschaftswahl mit einem spektakulären Auftakt begonnen: Am 25.1.1972 legte er einen 8-Punkte Plan vor, mit dem er angeblich den Krieg in Vietnam beenden will. Die Ernsthaftigkeit dieser Absicht muß jedoch angezweifelt werden angesichts der Tatsache, daß Nixon schon einmal - um die letzte Wahl zu gewinnen - den Frieden versprochen, den Krieg aber bis heute immer mehr verschärft hat. In der Konfrontation seiner 8 Punkte mit dem 7-Punkte Plan der südvietnamesischen Revolutionsregierung (vgl. AIB Nr.6/7,1971) erweist sich Nixons Angebot als nichts anderes als ein großangelegtes Wahl- und Täuschungsmanöver. Im 7-Punkte Plan waren als wesentliche Voraussetzung für den Frieden genannt worden: Beendigung des Aggressionskrieges und der Politik der "Vietnamisierung", Abzug der Truppen "Berater" und des Kriegsmaterials der USA und ihrer Verbündeten; Auflösung der Militärstützpunkte; Beendigung der Aggression gegen die DRV; Aufgabe jeder Unterstützung des Thieu-Regimes.

Nixon erklärte zwar, er werde aus Südvietsnam alle amerikanischen und verbündeten Truppen in den einem Abkommen folgenden 6 Monaten abziehen; er ist aber nicht bereit, die notwendigen Voraussetzungen für ein solches Abkommen zu schaffen: nämlich jegliche Aggressionsakte gegen Nord- und Südvietsnam einzustellen. Im Gegenteil - die Bombenangriffe auf die DRV wurden in der letzten Zeit intensiviert. "Unter diesen Umständen", so fragt die Verhandlungsdelegation der Revolutionsregierung in Paris zu Recht, "wann ein Abkommen über das südvietnamesische Problem zustande kommen kann,...? So steht auch hinter Nixons Vorschlag einer Frist von 6 Monaten nur die Absicht, US-Truppen für lange Zeit in Südvietsnam zu stationieren."¹⁾ Auch L'Humanité spricht von einem "reinen Wortspiel Nixons ... denn er schließt (beim Abzug) nicht die Bomber der 7. Flotte und die in Thailand stationierten Luftstreitkräfte ein. Dabei ist es gerade die Luft-

waffe, die heute hauptsächlich den Krieg führt."²⁾ Daß Nixon nicht die Absicht hat, Südvietsnam seine Angelegenheiten selbst regeln zu lassen, kommt auch in folgenden Vorstellungen zum Ausdruck: Ein Monat vor den Wahlen, die nach dem Abzug der US-Truppen stattfinden sollen, wird Thieu zurücktreten. "Dies sei die äußerste Grenze der Großzügigkeit Amerikas",³⁾ denn wie Nixon betonte: "Das einzige was dieser Plan nicht tut, ist uns mit unserem Feind zusammenzutun, um unseren Verbündeten zu stürzen".⁴⁾ US-Außenminister Rogers verdeutlichte, daß die USA bereit seien, "jede Regierung in Südvietsnam zu akzeptieren, die das Volk haben wolle ... eine kommunistische Regierung ... für die Vereinigten Staaten aber unannehmbar"⁵⁾ sei. Nixons Berater Kissinger verstieg sich zu der kühnen Behauptung, "daß Hanoi von Amerika verlange, das südvietnamesische Regime zu stürzen, weil sie, die Kommunisten, es offensichtlich allein nicht könnten."⁶⁾ Dies widerlegte ein Vertreter der PRR in Paris, indem er nochmals klarstellte, daß die südvietnamesische Bevölkerung nicht von den USA den Sturz ihrer Verbündeten verlangt, sondern "daß die Nixon Verwaltung darauf verzichtet, die kriegstreibende Gruppe Nguyen Van Thieu, die sie illegal an die Macht gebracht hat, zu unterstützen."⁷⁾ Obwohl Nixon glauben machen will, daß der "Vietcong" die Beteiligung an der Übergangsregierung fordere, hat die Revolutionsregierung in ihrem 7-Punkte Friedensplan eindeutig erklärt: Nach dem Abzug der US-Truppen wird eine Übergangsregierung gebildet, an der alle Kräfte, die sich auf der Grundlage der Forderung nach Frieden, Unabhängigkeit und Neutralität zusammenschließen, beteiligt sein werden. Diese Übergangsregierung wird für die Vorbereitung und Durchführung der freien Wahlen verantwortlich sein. Sie wird mit der PRR über wirtschaftliche, politische, militärische und soziale Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens verhandeln.

Angesichts dieser praktikablen und vernünftigen Vorschläge konnte Nixon die amerikanischen und die Weltöffentlichkeit mit seinem 8-Punkte Plan nicht täuschen: "Die Rede des Präsidenten hat die inneren Fronten in Amerika kaum verändert. Die Kriegsgegner beharren darauf, daß seine Bedingungen das Kriegsende nicht ermöglichten, während die Parteifreunde Nixons betonen, er sei so entgegenkommend gewesen, wie irgend möglich."⁸⁾

Internationale Zustimmung fand Nixon laut dpa nur in "Bonn, Tokio, Paris, Canberra und Seoul." 9)

Anmerkungen:

- 1) Erklärung von Nguyen Van Thieu, stellvertretender Leiter der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) der Republik Südvietnam (RSV) bei der 142. Sitzung der Pariser Vietnamkonferenz vom 27.1.1972.
- 2) L'Humanité zit.n. Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 28.1.1972
- 3) SZ vom 27.1.1972
- 4) ebd.
- 5) SZ vom 29./30.1.1972
- 6) SZ vom 27.1.1972
- 7) Erklärung d. PRR a.a.O.
- 8) SZ vom 27.1.1972
- 9) ebd.

CHILE

Im ersten Beitrag dieser Chile gewidmeten Nummer wird ein knapper historischer Abriss gegeben, wobei die Besonderheiten der chilenischen Entwicklung, die für das Zustandekommen der Volkseinheit relevant sind, spezielle Beachtung finden. Im zweiten Teil wird ein Dokument veröffentlicht, das über die politische Strategie, die dem chilenischen Weg zum Sozialismus zugrunde liegt, Auskunft gibt. Daran schließt sich ein Interview mit Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic und eine Presseübersicht über die Kreditleistungen der sozialistischen Länder an Chile an.

Über die aktuelle Situation (verschärfte Angriffe der Rechten) berichten wir in einer der nächsten Ausgaben.

D. BORIS, E. BORIS, W. EHRHARDT:

ZUR VORGESCHICHTE DES WAHLSIEGES DER UNIDAD POPULAR

Zur Klärung der naheliegenden Frage, wie es in dem von blutigen Umstürzen und Machtusurpationen gezeichneten Lateinamerika überhaupt möglich gewesen ist, daß eine von marxistischen Parteien - der Sozialistischen und der Kommunistischen - geführte Volksfront in einem legalen Wahlverfahren an die Macht zu gelangen imstande war, können einige Hinweise auf die Eigentümlichkeiten der chilenischen Geschichte dienlich sein.

Die Situation Chiles ist vor allem gekennzeichnet durch die Diskrepanz zwischen

seiner ökonomisch-sozialen Struktur, die in den entscheidenden Grundzügen der seiner unterentwickelten lateinamerikanischen Nachbarländer ähnelt, und den eher "modernen westlichen Demokratien" entsprechenden politischen Strukturen: hohe Kindersterblichkeit, niedrige Wachstumsraten des Sozialprodukts, hohe Inflationsraten, absoluter und relativer Rückgang der agrarischen Produktion, quasi feudale Besitz- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande, extrem schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen für das industrielle Proletariat, riesige Slums am Rande der großen und mittleren Städte (in Chile nennt man sie "callampas"), in denen ein zahlenmäßig starkes Subproletariat lebt, - diese Merkmale sind Chile und seinen Nachbarn gemeinsam. Doch während im Nachbarland Bolivien beispielsweise ein Militärputsch dem anderen folgt, während in Argentinien und Brasilien reaktionäre Militärcliquen mit faschistischen Methoden die "Stabilität der Lage" garantieren, verfügt Chile über eine "demokratische Tradition", die die vieler europäischer Länder in den Schatten stellt. Pressefreiheit, die Garantie bürgerlich-liberaler Grundrechte, Unabhängigkeit der Justiz usw. sind schon seit Beginn dieses Jahrhunderts (mit wenigen Unterbrechungen) verfassungsmäßig abgesichert, wobei man natürlich den in allen westlichen "Demokratien" auftretenden Unterschied zwischen Verfassungstext und Verfassungsrealität auch hier feststellen kann: Bei Streiks scheute sich die Staatsgewalt niemals, die geheiligten Prinzipien des Rechtsstaats zu durchbrechen.

All diese Besonderheiten - wie die Rolle und Tradition des chilenischen Militärs, das demokratisch gewählten Regierungen "ein loyales Instrument vornehmlich der Außenpolitik ist, die Funktion und der Einfluß des Staates und des Parlaments, der Umfang und die politische Stärke der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Zwischenschichten (Angestellte und Freiberufliche) - gehen auf verschiedene Perioden der chilenischen Geschichte zurück. Die starke Stellung der staatlichen Zentralgewalt in Gesellschaft und Politik wie auch die Rolle des ihm im wesentlichen untergeordneten Militärs ist z.B. weitgehend Resultat der Jahrhunderte währenden Kampfsituation der europäischen Einwanderer und Kolonisatoren gegenüber den einheimischen Indianerstämmen. Diese besondere Konstellation behin-

derte lange Zeit das Aufkommen großer Landbesitze und eine Vielfalt dezentraler Caudillo-Gewalten - wie in zahlreichen anderen Ländern Lateinamerikas - und erforderte stattdessen die Konzentration und Monopolisierung der staatlichen und militärischen Macht. Dieser Umstand begünstigte nach der Unabhängigkeit (1818) die Entfaltung eines relativ starken einheimischen Kapitalismus bis 1850/60, welchem die Einführung eines Rechtssystems entsprach, das in mancher Hinsicht zu den fortschrittlichsten jener Zeit gehörte. Während in vielen anderen Ländern Lateinamerikas Differenzen innerhalb der Oligarchie gewöhnlich in fehdeähnlichen Cliquenkämpfen und durch Putsche (falls man die Zuhilfenahme der staatlichen Machtmittel für nötig erachtete) bereinigt wurden, bildete in Chile schon sehr früh das Parlament eine entsprechende "Stätte der Begegnung" für die Oligarchie.

Nicht zuletzt dieser rationalisierten Form der Herrschaftsausübung ist es zu verdanken, daß Chile im sog. Salpeterkrieg (1871-83) in der Lage war, seinen Nachbarn Peru und Bolivien Territorien zu entreißen, die im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts erhebliche ökonomische Bedeutung erlangen sollten. Zwar mußte Chile die Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer (Salpeter und Kupfer) weitgehend dem britischen Imperialismus überlassen, doch war die damals einsetzende punktuelle ökonomische Entwicklung auch für die herrschende Klasse Chiles insofern einträglich, als die Handelsbourgeoisie am neu erschlossenen Reichtum partizipieren konnte, der Export der Latifundistas (Großgrundbesitzer) florierete und der Staat Salpeterexportsteuern bezog, die eine auch nur minimale Belastung einheimischer Besitzklassen entbehrlich machte.

Sowohl durch den Salpeter- und Kupferbergbau wie auch durch die dazugehörigen infrastrukturellen Ausstattungen (Eisenbahnbau, Straßenbau, Erweiterung der Hafenanlagen etc.) entstand schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine Arbeiterklasse, deren Umfang, lokale Konzentration, Organisationsgrad und Kampfbereitschaft in keinem anderen lateinamerikanischen Land erreicht wurde. Die ersten Organisationsversuche, die jedoch zunächst nur als Organisationen der gegenseitigen Hilfe (mutualistische Organisationen) gedacht waren, wurden in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts unternommen.

Diese Hilfs- und Widerstandsbünde nahmen bald Verbindungen zu verschiedenen radikal-demokratischen Intellektuellen-Clubs auf, die sich die Propagierung der öffentlichen Erziehung, die Bekämpfung des Analphabetentums und die Ausweitung bürgerlicher Rechte zum Ziel gesetzt hatten. Diese Clubs übernahmen die ideologische Arbeit in den ersten größeren gewerkschaftlichen Organisationen, die schon ab 1890 entstanden - ungefähr zur gleichen Zeit wie in Deutschland, während sich in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern (mit Ausnahme Uruguays, Mexikos und Argentiniens) gewerkschaftliche Organisationen sehr viel später entwickelten und z.T. noch heute in den Kinderschuhen stecken.

Die ersten Massenarbeitskämpfe unter Führung der Bergarbeiter datieren aus den 80er Jahren und die erste sozialistische Arbeiterpartei wurde bereits um die Jahrhundertwende gegründet. (Gewerkschaftliche Zentralzusammenschlüsse gab es erstmals seit den frühen 30er Jahren dieses Jahrhunderts.) Schon kurz vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg konnte sich die marxistische Richtung unter Führung von Emilio Recabarren gegen mutualistische und anarcho-syndikalistische Strömungen durchsetzen. 1920 benannte sie sich in "Kommunistische Partei Chiles" um und trat 1921 der 3. Internationale bei. Wenn die Arbeiterklasse bis zu diesem Zeitpunkt und auch danach der herrschenden Klasse gewisse Rechte und Garantien abtrotzen konnte und einen Machtfaktor im politischen Kräftefeld darstellte, so waren es doch eher die mit der Ausweitung des Staats- und Verwaltungsapparats entstehenden Zwischenschichten, die neben der traditionellen Oligarchie eine wichtige Rolle in der politischen Geschichte des Landes insbesondere seit 1920 spielten.

Im Gefolge der starken Erschütterungen, die die Weltwirtschaftskrise in Chile verursachte, kam es 1938 zu der ersten Volksfrontkoalition, welche ein Bündnis dieser Schichten und der Arbeiterklasse darstellte, die durch die kommunistische und die 1933 gegründete sozialistische Partei vertreten war. Zwar konnte das Proletariat in dieser Periode seine Position durch die eingeleiteten Entwicklungs- und Industrialisierungsmaßnahmen in gewissem Umfang festigen; doch als ihm 1947 das Bündnis jäh aufgekündigt und das Verbot der kommunistischen Partei ausgesprochen wurde, ging es politisch geschwächt und gespalten aus dieser Phase hervor.

Da die Führung der Volksfrontregierungen bei der Partido Radical verblieb, welche die an einer selbständigen Industrialisierung interessierten Teile der Bourgeoisie repräsentierte, konnten nicht einmal die mit der Volksfrontkonzeption verbundenen anti-imperialistischen und anti-feudalen Ziele durchgesetzt werden. Die ökonomische Abhängigkeit Chiles von US-Investitionen nahm im Verlauf dieser Etappe noch zu und die nicht zuletzt unter dem Zeichen des Kalten Krieges stehende diplomatische und ökonomische Intervention der USA beförderte 1947 die Kommunisten aus der Regierungskoalition in die Illegalität. Die Strukturen des Großgrundbesitzes waren in keiner Weise angetastet worden und die Masse der Landarbeiterschaft fiel der Konzession der Linken, den Gesetzentwurf über die gewerkschaftliche Organisation auf dem Lande nicht zur Koalitionsfrage zu erheben, zum Opfer. Zu dem Verzicht auf eine selbständige Politik gegenüber den Radikalen kam noch hinzu, daß die beiden marxistischen Parteien - die KP und die Sozialistische Partei - sich obendrein von dieser Partei gegeneinander ausspielen ließen, sich zeitweise heftig bekämpften und schließlich beide gegen Ende der 40er Jahre stark an Einfluß in der Arbeiterschaft verloren.

Erst während zweier Regierungsperioden (1952-1964), die die klare Herrschaft der Vertreter der Rechten beinhalteten, als die immer stärker werdende ökonomische Stagnation zu einem Absinken des Lebensstandards der breiten Massen führte, gelang es der Linken, neue Kräfte zu sammeln und wiederum eine gemeinsame Front zu bilden, die schon bei den Präsidentschaftswahlen 1958 ernsthaft die Hegemoniestellung der pro-imperialistischen Großbourgeoisie gefährdete. Als deren Wahlchancen 1964 durch die weiter fortgeschrittene Politisierung großer Teile der Bevölkerung aussichtslos waren, präsentierte sie im Verein mit den interessierten imperialistischen Teilhabern den dynamischen Christdemokraten Eduardo Frei, der mit seinem Slogan "Revolution in Freiheit" sowohl Teile des Landproletariats und der Slumbevölkerung wie auch die Großbourgeoisie anzusprechen verstand.

So entwickelte die christdemokratische Politik des "Dritten Weges", die als Alternative zur kubanischen Revolution konzipiert wurde, auf der Grundlage einer heterogenen Klassenbasis durchaus notwendige und teilweise fortschrittliche Gesetzesinitiativen, die aber entweder in ihrer

Anlage unzureichend waren oder in ihrer Durchführung an der immer größeren Kompromißbereitschaft gegenüber einheimischen wie ausländischen traditionellen Interessen scheitern mußten.

Beispielsweise ermöglichte die intendierte radikale Agrarreform zum ersten Mal in der chilenischen Geschichte die Bildung von Arbeiterorganisationen auf dem Lande; gleichzeitig wurden aber die Expropriation und Verteilung von Boden an landlose Familien immer wieder verschleppt und nicht einmal die von der Regierung gesetzten, bescheidenen Ziele erreicht, so daß die Herrschaftsstruktur auf dem Lande unangetastet blieb; andererseits verursachten selbst die wenigen Expropriationen sehr hohe Kosten (durch Aufkauf der Ländereien und Ausstattung der angesiedelten Bauern), denen nur geringe landwirtschaftliche Zuwachsraten gegenüberstanden.

Ebenso erfolglos blieb die Politik der sog. "Chilenisierung" des Kupferbergbaus, die eine Teilhabe des Staates an den wichtigsten Unternehmen dieses Sektors beinhaltete. Mit Rücksicht auf die betroffenen US-amerikanischen Konzerne und die für die Weiterverarbeitung des Kupfers zu interessierenden ausländischen Investoren wurden die Verträge und Zahlungsmodi unter äußerst ungünstigen Bedingungen abgeschlossen. Die Kosten der gescheiterten Reformen wurden zum größten Teil der Arbeiterklasse aufgebürdet.

Die relativ günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1964-1966 konnte selbst auf der Basis extrem hoher Kupferpreise des Weltmarkts in den folgenden Jahren nicht aufrecht erhalten werden, so daß bei hohen Inflationsraten der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten sinken mußte. Eine Reihe von heftigen Streikauseinandersetzungen, die neben Industrie- und Minenarbeitern auch das Landproletariat sowie Teile der Angestellten erfaßten, beantwortete die Regierung mit ständig zunehmender Repression. Es ist einleuchtend, daß in dieser politischen Situation dem Versuch der Partido Demócrata Cristiano (PDC), lumpenproletarische Schichten sowie das Landproletariat als eigene Massenbasis zu gewinnen, enge Grenzen gesetzt waren, während die Manöver zur Spaltung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung vollständig mißlingen. Im Gegenteil: durch die immer deutlicher werdende Diskrepanz zwischen christdemokratischen Versprechungen und der Wirklichkeit

sowie durch intensive und kontinuierliche politische Arbeit der Linken konnte diese ihre Position festigen und die Polarisierung der Klassenkräfte vorantreiben.

Diese politisch günstige Lage ermöglichte ein Wiederaufleben der FRAP ("Frente de Acción Popular", ein in zahlreichen Wahlen seit 1956 bestehendes Bündnis von Linksparteien), zumal die Christdemokraten bei den Gemeindewahlen 1967 wie bei den Parlamentswahlen von 1969 erhebliche Schlappen einstecken mußten, wogegen die beiden stärksten Linksparteien ihre Stimmenanteile vergrößern konnten. Ausdruck dieser Konsolidierung der Linken wurde schließlich die Bildung der "Unidad Popular" vom Oktober 1969.

Der UP [vgl. hierzu AIB 5/70] gehören neben Sozialisten und Kommunisten die Radikale Partei, die Movimiento de Acción Popular Unitario (MAPU, eine Abspaltung der Christdemokratischen Partei) sowie zwei sozialistische bzw. sozialdemokratische Splittergruppen an. Ihr Programm geht über die bisherigen programmatischen Erklärungen linker Wahlbündnisse weit hinaus und enthält folgende wesentliche Forderungen: erweiterte Befugnisse der zentralen Planungsbehörde, Verstaatlichung der gesamten Grundstoffindustrie sowie der in- und ausländischen Monopole, inklusive der Banken, Förderung der mittleren und kleineren Betriebe (entweder durch staatliche Beteiligung oder Kreditgewährung) bei bestimmten Produktionsauflagen, Beschleunigung der Agrarreform und entschiedene Bekämpfung der Inflation. Ebenso: rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, forciertes Wohnungsbauprogramm sowie die Beseitigung von regionalen Disparitäten. Schließlich ist in ihm festgelegt, daß mit allen sozialistischen Ländern diplomatische und Handelsbeziehungen aufgenommen werden. Gleichfalls waren die Parteien und Organisationen der UP überein gekommen, an Arbeitsplätzen und in den Wohnbezirken sog. "Comités de Unidad Popular" zu gründen, um eine anhaltende Mobilisierung ihrer Anhänger zu gewährleisten, die im Falle des Sieges an Ort und Stelle konterrevolutionäre Gegenschläge abwehren sollten.

Der knappe Wahlsieg Allendes vor dem Kandidaten der Rechten kann folgendermaßen interpretiert werden: Während ein großer Teil früherer Frei-Wähler den Kandidaten der Rechten unterstützte, und der PDC-Kandidat Tomic - trotz eines mit linken Paro-

len geführten Wahlkampfes - den sich seit 1967 abzeichnenden Stimmenverlust seiner Partei nicht aufhalten konnte, war es der UP möglich, nicht nur ihren traditionellen Anhang zu erhalten, sondern auch in bisher unerreichte Schichten - Landarbeiter und Subproletariat - vorzudringen. Der auf den ersten Blick knappe Wahlsieg der UP wird durch die Tatsache relativiert, daß ein Großteil der Tomic-Wähler im Bezug auf ihre soziale Lage und ihren Bewußtseinsstand sich von den UP-Wählern kaum unterscheiden. Das bestätigte sich im April 1971 bei den Gemeindewahlen, als die UP-Parteien eine knappe absolute Mehrheit erringen konnte.



(Dessin de KONK.)

Traditionsgemäß verkündet in Chile alljährlich am 21. Mai der Präsident eine Botschaft an die Nation. Allendes erste Botschaft aus dem Jahre 1971, aus der wir Auszüge wiedergeben, enthält wichtige Passagen über die Voraussetzungen, Prinzipien und Perspektiven des chilenischen Versuchs, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

SALVADORE ALLENDE:

(...)

DIE ÜBERWINDUNG

DES KAPITALISMUS IN CHILE

Die Bedingungen im Rußland von 1917 und im heutigen Chile sind sehr verschieden. Trotzdem ist die historische Herausforderung ähnlich.

Rußland fällt im Jahre 1917 die Entscheidungen, die die moderne Geschichte am meisten bestimmten. Da zeigte sich, daß der zurückgebliebene Teil Europas sich vor das entwickelte Europa an die Spitze setzen konnte, daß die erste Sozialistische Revolution nicht notwendigerweise im Inneren

der Industriemächte stattfinden mußte. Die Herausforderung wurde angenommen und einer der Wege des sozialistischen Aufbaus beschritten, die Diktatur des Proletariats.

Heute zweifelt niemand daran, daß auf diese Weise Nationen mit einer großen Bevölkerung in relativ kurzer Zeit mit der Unterentwicklung brechen und den Anforderungen der modernen Zivilisation gerecht werden können. Die Beispiele der UdSSR und der VR China sprechen für sich selbst.

Wie damals Rußland, so steht heute Chile vor der Notwendigkeit, einen neuen Weg beim Aufbau des Sozialismus zu beschreiten: unseren revolutionären Weg, den pluralistischen Weg, den schon die Klassiker des Marxismus antizipiert haben, der aber niemals verwirklicht wurde. Die Gesellschaftswissenschaftler haben angenommen, daß als erste entwickeltere Nationen wahrscheinlich Italien und Frankreich mit ihren mächtigen, marxistisch orientierten Arbeiterparteien diesen Weg beschreiten würden.

Jedenfalls erlaubt uns die Geschichte **einmal mehr, mit der Vergangenheit zu brechen** und ein neues Gesellschaftsmodell dort aufzubauen, wo es nicht nur theoretisch am ehesten vorauszusehen war, sondern wo auch die günstigsten konkreten Bedingungen dafür vorhanden waren. Chile ist heute die erste Nation der Welt, die dazu berufen ist, das zweite Modell des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln.

Diese Herausforderung weckt über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus lebhaftes Interesse. Alle wissen oder fühlen, daß hier und jetzt die Geschichte eine neue Wende nimmt, und zwar in dem Maße, wie wir Chilenen uns unserer Aufgabe bewußt sind. Einige unter uns, vielleicht die Minderheit, sehen nur die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aufgabe. Wir anderen, die Mehrheit, versuchen, sie erfolgreich zu bewältigen. Ich bin überzeugt, daß wir die nötige Energie und die nötigen Fähigkeiten aufbringen werden, um unseren Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen, daß wir die erste sozialistische Gesellschaft nach einem demokratischen, pluralistischen und freiheitlichen Modell errichten werden.

Die Skeptiker und die Unglückspropheten werden sagen, daß das nicht möglich ist. Sie werden sagen, daß ein Parlament, das den herrschenden Klassen so gut gedient hat, unfähig ist, zum Parlament des chilenischen Volkes zu werden.

Mit noch mehr Nachdruck haben sie gesagt, daß die Streitkräfte und die Polizei, die bisher die Stütze der von uns zu überwindenden Ordnung waren, nicht bereit seien, für den entschlossenen Willen des Volkes einzutreten, daß der Sozialismus in unserem Land aufgebaut wird. Sie vergessen das patriotische Bewußtsein unserer Streitkräfte und unserer Polizei, ihre Berufstradition und ihre Loyalität gegenüber der Zivilgewalt.

Ich behaupte: Solange die chilenischen Streitkräfte und die Polizei ihrer Pflicht und ihrer Tradition der Nichteinmischung in das politische Geschehen treu bleiben, werden sie die Stütze einer sozialen Ordnung sein, die dem Willen des Volkes entspricht, wie er im Rahmen der Verfassung zum Ausdruck kommt. Diese Ordnung wird gerechter, menschlicher und großzügiger für alle, aber besonders für die Arbeiter sein, die bis heute soviel gegeben, aber so gut wie nichts dafür erhalten haben.

In diesem Bereich liegen unsere Schwierigkeiten nicht. Sie liegen begründet in der außerordentlichen Kompliziertheit der Aufgaben, die uns erwarten: Die Institutionalisierung des politischen Weges zum Sozialismus, ausgehend von unserer gegenwärtigen Realität, der Realität einer Gesellschaft, die belastet ist durch die Rückständigkeit und die Armut als Folge der Abhängigkeit und der Unterentwicklung; wir müssen die Ursachen der Rückständigkeit beseitigen und zugleich eine neue sozio-ökonomische Struktur schaffen, die kollektiven Wohlstand gewährleistet.

Die Ursachen für die Rückständigkeit gingen und gehen auch heute noch zurück auf die Unterordnung der traditionellen herrschenden Klassen unter ausländische Interessen und auf die von ihnen betriebene Ausbeutung im Inneren. Aus ihrer Verbindung mit den ausländischen Interessen zogen sie Profit, ebenso wie aus der Aneignung des von den Arbeitern erstellten Mehrprodukts. Dabei ließen sie den Arbeitern nur das zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft nötige Minimum.

Unsere erste Aufgabe ist es, diese verhängnisvolle Struktur, die nur ein verzerrtes Wachstum ermöglicht, zu beseitigen. Aber gleichzeitig müssen wir die neue Ökonomie aufbauen, damit die alte auf die Dauer nicht weiterbestehen kann. Dabei müssen die Produktivität und das technische Niveau, das wir trotz der Unterentwicklung

erreicht haben, maximal erhalten bleiben; wir müssen alle Krisen verhindern, die künstlich von denen ins Leben gerufen werden sollten, die sich ihrer alten Privilegien beraubt sehen.

Aber darüber hinaus gibt es noch ein anderes Problem, das sich in unserer Zeit stellt: Wie können wir im Menschen und vor allem in der Jugend ein neues Bewußtsein wecken, das ihnen neue Lebensfreude schenkt und ihre Menschenwürde zurückgibt? Es gibt keinen anderen Weg als die Begeisterung für die großen selbstlosen Aufgaben, gleichsam als die Überwindung der eigenen menschlichen Lebensbedingungen, die noch geprägt sind durch die Aufteilung in Privilegierte und Besitzlose.

Niemand kann heute schon Lösungen für die ferne Zukunft entwickeln, wenn alle Völker in Wohlstand leben und alle ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen werden und zugleich das kulturelle Erbe der Menschheit antreten. Aber jetzt und hier, in Chile und in Lateinamerika, haben wir die Möglichkeit und die Pflicht, alle schöpferischen Energien besonders der Jugend freizusetzen für Aufgaben, die uns mehr begeistern als alle Unternehmungen der Vergangenheit. [...]

Ein naiver Beobachter in irgendeinem entwickelten Land, das über alle materiellen Möglichkeiten verfügt, könnte annehmen, daß diese Überlegungen eine neue Art der unterentwickelten Länder sind, um Hilfe zu bitten, daß sie ein neuer Appell der Armen an die Hilfsbereitschaft der Reichen seien. Darum geht es nicht, im Gegenteil. Die Neuordnung aller Gesellschaften unter der Führung der Besitzlosen und die Änderung der internationalen Handelsbeziehungen, wie sie von den ausgebeuteten Völkern verlangt werden, werden nicht nur die Beseitigung des Elends und der Rückständigkeit der Armen zur Folge haben, sondern sie werden auch die reichen Länder von ihrem Herrschaftssystem befreien. So wie die Emanzipation des Sklaven den Herrn befreit, so hat der Aufbau des Sozialismus, dem sich heute die Völker unserer Zeit gegenüber sehen, seinen Sinn für die armen Nationen genauso wie für die reichen; denn die einen wie die anderen werden die Ketten ihrer Gesellschaft zersprengen. [...]

Das uns anvertraute Mandat verlangt die Mobilisierung aller materiellen und geistigen Kräfte des Landes. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem ein Zurück oder die Stagnation eine nicht wiedergutzumachende

nationale Katastrophe bedeuten würden. Es ist in dieser Stunde meine Pflicht als höchster Träger der Verantwortung für das Schicksal unseres Landes, deutlich den Weg aufzuzeigen, auf dem wir voranschreiten, und die Gefahr und die Hoffnung, die sich dabei gleichermaßen für uns ergeben.

[...]

In dem gegenwärtigen revolutionären Prozeß in unserem Land gibt es fünf wesentliche Punkte, die unseren politischen und sozialen Kampf bestimmen: die Legalität, die herkömmlichen Institutionen, die politischen Freiheiten, die Gewalt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; es sind Probleme, die die Gegenwart und die Zukunft jedes Mitbürgers betreffen.

DAS PRINZIP DER LEGALITÄT

Heute herrscht in Chile das Prinzip der Legalität. Es wurde nach einem Kampf vieler Generationen gegen den Absolutismus und die Willkür bei der Ausübung der Staatsmacht durchgesetzt. Es ist eine Eroberung, die nicht rückgängig gemacht werden kann, solange es Unterschiede zwischen Regierenden und Regierten gibt.

Nicht das Prinzip der Legalität klagt die Volksbewegung an. Wir protestieren gegen eine Rechtsordnung, deren Postulate das Spiegelbild eines ausbeuterischen Gesellschaftssystems sind. Unsere Rechtsnormen, die Ordnungs-Prinzipien, mit denen die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Chilenen geregelt werden, entsprechen heute den Bedürfnissen des kapitalistischen Systems. Im System des Übergangs zum Sozialismus sollen die Rechtsnormen den Bedürfnissen eines Volkes entsprechen, das eine neue Gesellschaft errichten will. Aber es wird Legalität geben.

Unser Rechtssystem muß geändert werden. Für die beiden Kammern entspringt jetzt daraus eine große Verantwortung; sie müssen dazu beitragen, daß die Umwandlung unseres Rechtssystems nicht blockiert wird. Vom Realismus des Kongresses wird es in großem Maße abhängen, ob auf die kapitalistische Legalität die sozialistische Legalität folgt, nämlich entsprechend den von uns durchgeführten sozio-ökonomischen Umwälzungen, ohne daß aber dabei ein gewaltsamer Bruch mit den Rechtsprinzipien Willkürakten und Ausschreitungen, die wir verantwortungsbewußt zu vermeiden suchen, Tor und Tür öffnet. [...]

DIE FÜHRENDE ROLLE DER ARBEITER

Alles was wir uns im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und außenpolitischen Bereich vorgenommen haben, ist die Aufgabe eines Volkes, nicht eines Mannes oder einer Regierung.

Vor einem Jahr betrug zwischen November und Februar die Zahl der Arbeiter, die auf das Mittel des Streiks zurückgreifen mußten, 170.000, jetzt waren es nur noch 76.000. Die Übereinstimmung der Volksregierung mit den Arbeitern, bei der Erfolge wie Mißerfolge gemeinsam geteilt werden, hat früher unvermeidliche Konflikte heute überflüssig gemacht. In diesem Jahr gab es weder Streiks im Kohlebergbau noch im Salpeter-, Kupfer- und Eisenbergbau, weder in der Textilindustrie noch im Gesundheitswesen, im Erziehungswesen oder bei der Eisenbahn. Mit anderen Worten: Es gab keine Streiks in den für das Land lebenswichtigen Bereichen.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, daß zum ersten Mal in Chile der freiwillige Arbeitseinsatz in einigen verstaatlichten Betrieben zur ständigen Einrichtung geworden ist. Es gibt ihn zum ersten Mal von Arica bis Magallanes in massiver Form in allen wichtigen Bereichen des Landes. Soldaten und Priester, Studenten und Arbeiter, Berufstätige und Händler, alte Menschen und junge Mädchen, haben freiwillig und spontan der gemeinsamen Aufgabe ihre Zeit zur Verfügung gestellt. Das ist eine schöpferische Aktivität, die weit über den Begriff der Ware Arbeitskraft hinausgeht. Und es ist eine beredte Antwort an all jene, die in Chile und im Ausland Dinge verbreiten, die nie geschehen sind und auch nie eintreffen werden. In diesem Land gibt es und wird es eine Regierung geben, die weiß, welche Methoden sie anwendet und wann sie sie anwendet. Als Präsident übernehme ich dafür die Verantwortung.

Die großen Aufgaben, die vor uns liegen, werden durch die verantwortungsbewußte und verstärkte Identifikation unseres Arbeiters mit sich selbst, mit seinen echten Interessen gelöst werden, die weit über die kleinen oder großen Probleme dieses Tages, dieses Monats oder dieses Jahres hinausgehen. Die Übereinstimmung der Arbeiter und ihrer politischen Vertretung, der Volksregierung, ist für uns eine unbesiegbare Waffe.

Die, die von ihrer Arbeit leben, haben heute die politische Führung des Staates

in ihren Händen. Das bedeutet höchste Verantwortung. Der Aufbau des neuen Gesellschaftssystems hat in der Basis, im Volk, sein handelndes Subjekt und seinen Richter. Dem Staat obliegt es zu lenken und zu organisieren, aber auf keinen Fall den Willen der Arbeiter zu ersetzen. Im ökonomischen wie im politischen Bereich müssen die Arbeiter selbst über die Entscheidungsgewalt verfügen. Das zu erreichen, bedeutet den Sieg der Revolution.

Für dieses Ziel kämpft das Volk, legitimiert durch die Respektierung der demokratischen Werte, mit der Gewißheit, die ein Programm gibt, mit der Kraft der Mehrheit, mit der Leidenschaft des Revolutionärs.

Wir werden siegen!

Quelle: Primer Mensaje des Presidente Allende ante es Congreso Pleno, Santiago 1971, S. V-XXV



Im folgenden Interview kennzeichnet Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic die Hauptaufgaben und die größten Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik der Unidad Popular. Vuskovic gehört von Anfang an dem Kabinett der "Volkseinheit" als parteiloser Marxist an. Der ehemalige Professor für Ökonometrie an der Universität von Santiago zählt zu den von der chilenischen Reaktion am heftigsten bekämpften Mitgliedern des Kabinetts Allende.

INTERVIEW MIT PEDRO VUSKOVIC:

Frage: - Können Sie die drei Bereiche der Wirtschaft (sozialisierter, gemischter und privater Bereich) erklären und voneinander abgrenzen, so wie sie in Ihrem Regierungsprogramm enthalten sind, das jetzt Gegenstand einer intensiven De-

batte im mehrheitlich oppositionellen Parlament sein wird?

Pedro Vuskovic:

Wir sehen diese Regierungsperiode der Volksregierung als eine Übergangsperiode zum Sozialismus an. Das ist der Grundcharakter des Regierungsprogramms. Dieses Programm ist die Antwort der Volkskräfte Chiles auf die historische Erfahrung des abhängigen Kapitalismus. Wesentliches Ziel dieses Programms ist nicht, diese oder jene Begrenzung des abhängigen Kapitalismus zu überwinden oder mit einigen dem System immanenten Hemmnissen fertig zu werden, sondern es ist Ausdruck der wissenschaftlich begründeten Überzeugung, daß dieses System geändert werden muß. Genau das macht den revolutionären Charakter des Programms aus. Es versteht sich ganz klar als ein Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Umwandlung der Wirtschaft des Landes. Die politischen und ökonomischen Voraussetzungen, von denen wir ausgehen, machen eine Übergangsetappe erforderlich. Diese Etappe ist konzipiert worden als Etappe der Umstrukturierung der chilenischen Wirtschaft in drei Eigentumsbereiche, den des gesellschaftlichen, des gemischten und des privaten Eigentums. Im gesellschaftlichen Sektor stehen die wichtigsten und strategischen Bereiche der chilenischen Wirtschaft unter der Kontrolle der Gesellschaft. Dieser Sektor muß die gesamte Ausbeutung der Bodenschätze umfassen, wovon ein großer Teil sich traditionell in ausländischer Hand befindet, wie etwa Kupfer und Eisenerz; er umfaßt weiterhin die Sektoren, die in der Vergangenheit dazu dienten, das System des abhängigen Kapitalismus zu konsolidieren, wie das gesamte Banksystem, außerdem große Unternehmen mit einer Monopolstellung, die in der Lage sind, bedeutende Sektoren der Industrie Chiles zu kontrollieren. Dazu kommen die Unternehmen, die den größten Teil des Großhandels beherrschen, und der Großgrundbesitz. Wenn wir nationalisieren, was vorher unter der Kontrolle des imperialistischen Kapitals oder großer chilenischer Finanzgruppen gestanden hat, dann bleibt in dieser Übergangsetappe das Privateigentum an Produktionsmitteln in Bereichen bestehen, die für die Wirtschaft des Landes nicht von dieser fundamentalen Bedeutung sind. Unser Gesetzentwurf setzt eine Grenze für das Grundkapital fest, unter der nicht enteignet wird (14 Mill. Escudos laut Bilanz vom 31.12.69, was etwas mehr als einer

Million Dollar entspricht).

F.: Gelten diese Grenzen für eine unbestimmte Zeit oder gelten sie bis zur Festsetzung neuer Grenzen durch ein neues Gesetz?

P.V.: Der Entwurf sieht keine begrenzte Zeitspanne vor. Ich glaube aber, daß das nicht das zentrale Problem ist. Die quantitativen Ausmaße sind nicht das wichtigste; denn wenn wir von der Zahl der Produktionsstätten ausgehen, dann bleibt die Mehrheit in privater Hand. Nur eine relativ kleine Zahl wird vergesellschaftet. Was die Produktionsziffern und die Beschäftigtenzahl angeht, sieht es schon etwas anders aus. Wichtig ist, daß die Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors jene sind, die in der Lage sind, mit ihren eigenen Spielregeln auf die anderen Unternehmen des Landes Einfluß zu nehmen und sie zu kontrollieren. Wenn wir von einem Übergangsprogramm zum Sozialismus sprechen, dann ist uns klar, daß die Fragen der Beziehungen zwischen diesen beiden Sektoren entscheidend sind. Dabei kommt es uns darauf an, daß der gesellschaftliche Sektor der entscheidende ist. Entscheidend in dem Sinne, daß hier die Weichen für die Wirtschaft gestellt werden; d.h. nicht nur für den gesellschaftlichen Sektor, sondern auch für den privaten Sektor wird der Orientierungsrahmen gezogen.

F.: Entschuldigen Sie, Herr Minister. Aufgrund dieser Konzepte kann man Sie des "Totalitarismus" beschuldigen, und man hat das bereits getan. Was halten Sie davon?

P.V.: Nun gut, es gibt im Endeffekt zwei Wirtschaftsformen, die des kapitalistischen Profitsystems und die der sozialistischen Planwirtschaft. Wenn ich sage, daß der gesellschaftliche Sektor die entscheidende Funktion hat, dann heißt das, daß die Maßstäbe nicht durch den kapitalistischen Profit gesetzt werden, sondern entsprechend den Interessen der Gesamtgesellschaft. Das bedeutet nicht, daß die Leistung der privaten Betriebe mehr oder weniger mit übernommen wird, sondern daß der Rahmen gesetzt wird, in dem sie funktionieren. Die Beschuldigung des "Totalitarismus" ist da fehl am Platz. Nehmen wir ein Beispiel: Die Textilbranche besteht aus einer großen Anzahl Produktionseinheiten. Trotzdem wurde ein begrenzter Teil von ihnen, nämlich die Monopole, dem gesellschaftlichen Sektor einverleibt. Vor-

her bestimmten diese Monopolunternehmen über den ganzen Rest der kleineren und mittleren privaten Textilbetriebe. Sie kontrollierten die Verteilung der Rohstoffe und setzten die Spielregeln des Marktes fest. Es bestand also eine Abhängigkeit aller mittleren und kleineren Unternehmer von den großen Textilmonopolen. Der Mißbrauch, d.h. die Ausbeutung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der übrigen Textilindustrie durch diese Monopole war sehr groß. Mit anderen Worten: Es gab einen Totalitarismus der privaten Monopole. Heute sind die Beziehungen zur Privatindustrie anders. Was die Versorgung mit Rohstoffen angeht, können wir heute an eine Planung der Entwicklung der Textilindustrie im nationalen Rahmen denken. Die Situation der im privaten Sektor verbleibenden Betriebe wird günstiger sein als vorher; denn sie werden ohne die früher an sie gestellten Bedingungen versorgt. Man muß die Frage dynamisch sehen, d.h. ich sage es noch einmal, unter dem Gesichtspunkt der beherrschenden und orientierenden Funktion des gesellschaftlichen Sektors. Diese Funktion wird sich in Zukunft verstärken. Sonst würden wir keinen Prozeß des Übergangs zum Sozialismus einleiten, sondern gingen einen Schritt vorwärts, um dann wieder zu stagnieren. Was den gemischten Sektor betrifft, sieht der Entwurf eine flexible Methode vor, d.h. er kommt dadurch zustande, daß von Fall zu Fall Regierungsinteressen und Unternehmerinteressen miteinander vermittelt werden. [...]

F.: Welche Vorsichtsmaßnahmen haben Regierung und Linke für den Fall der Produktionssabotage getroffen?

F.V.: Das beginnt mit rein administrativen Maßnahmen und geht bis zur Mitbestimmung und Kontrolle durch die Arbeiter und die Bevölkerung. So werden wir, um ein Beispiel für den ersten Fall zu geben, systematisch die Importregister der Zentralbank überprüfen, um Mißbräuche aufzudecken; aber ich würde sagen, daß die Kontrolle durch die Arbeiter viel effektiver ist; und einen Großteil der Informationen erhält die Regierung direkt von den Arbeitern, die jeden Sabotageversuch weitermelden. Eine besonders subtile Art des Angriffs sind die ständig wiederholten Prophezeiungen über nahende Wirtschaftskrisen. Das begann schon vor dem Antritt der Volksregierung in der Zeit zwischen den Wahlen und dem Beginn der Regierungszeit. Diese Regierung sollte "die inflationistischste Regierung der chileni-

schen Geschichte sein", und trotzdem ist es umgekehrt, die Inflation wurde eingedämmt...

F.: Man sagt, daß Chile im letzten Jahr der Frei-Administration sich zusammen mit dem südvietnamesischen Regime den ersten Platz auf der Weltinflationstabelle geteilt hat. [...]

F.V.: In der Tat betrug nach offiziellen Angaben die Inflationsrate des vergangenen Jahres 35%. Das war allerdings keine Ausnahme, denn die Durchschnittsrate belief sich in Chile in den letzten 15 Jahren auf rund 25%. Nun also tritt die Volksregierung ihr Amt an, und schon beginnen die Prophezeiungen über eine düstere wirtschaftliche Zukunft. Sie werden über alle Massenmedien ausgestreut, die sich zu einem großen Teil noch in den Händen der Reaktion befinden. Aber die Tatsachen widerlegten sie. Trotz des zunehmenden Realeinkommens der Bevölkerung, trotz der größeren Nachfrage, ist die Inflationsrate nur halb so hoch wie im Vorjahr. Das Gleiche gilt für die Arbeitslosenquote, die heute trotz der übernommenen Erbschaft eine der niedrigsten der letzten 15 Jahre ist. Im vergangenen Jahr betrug sie 8 Prozent und jetzt nur noch 4 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Dann kommen die Voraussagen der Rechten über einen Produktionsrückgang. Trotz all dieser übernommenen und hinzugekommenen Schwierigkeiten werden wir in diesem Jahr ein Ansteigen der Produktion von 8% im Verhältnis zum Vorjahr verzeichnen. Das Industrevolumen wird um 10 Prozent ansteigen. Andere Schwierigkeiten, die vorausgesagt wurden, trafen trotz des Erdbebens und der Schneestürme nicht ein, wie die Tatsachen beweisen. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, besonders nach Fleisch, und allgemein nach Konsumgütern ist gestiegen. Trotz aller Versorgungsschwierigkeiten, die durch das Anwachsen der Massennachfrage nach dem Antritt der neuen Regierung entstanden sind, stieg z.B. der Konsum von Schuhen in diesem Jahr (nach Zahlen für das erste Halbjahr) um 25%; der Fleischverbrauch nahm um 18% zu, wobei die Nachfrage noch stärker war. Der Milchverbrauch stieg sehr stark an, da eine der ersten Maßnahmen der Regierung darin bestand, gratis einen halben Liter Milch an jedes Kind und jede Mutter zu verteilen. Das ist äußerst wichtig für die körperliche und geistige Entwicklung der chilenischen Kinder; denn die Quoten der Unterernährung bei Kindern und geistiger Zurückgebliebenheit infolge Unterer-

nahrung waren bis zum vergangenen Jahr in unserem Land erschreckend hoch. Und dann diese dauernde Terrorkampagne der Rechten, daß bald "die Krise kommt". [...]

F.: Und wenn nun die Verzweiflung der Rechten und ihrer nordamerikanischen Freunde sie dazu treibt, zur Gewalt zu greifen, um das "chilenische Experiment" zum Scheitern zu bringen? Schließlich gab es auch das, was die Linke und die Regierung aufrührerische Umtriebe genannt haben. [...]

P.V.: [...] In dem Fall, daß sie es soweit treiben, hat Präsident Allende ganz klar gesagt, daß wir auf die reaktionäre Gewalt mit dem Gesetz antworten werden, weil wir die Regierung sind, [...] und mit revolutionärer Gewalt. Wir haben immer gesagt, daß diese Regierung eine Regierung der Masse des Volkes ist, und daher rührt sie an Interessen traditionell herrschender Schichten. Es ist folglich natürlich, daß diese versuchen, ihren Klassenstandpunkt zu verteidigen. Ich wiederhole, was ich immer gesagt habe - wir müssen angesichts der Offensive der Reaktion im wirtschaftlichen Bereich, die mit politischen Offensiven gekoppelt ist, die Lösungen beim Volk suchen. Die Mobilisierung des Volkes ist der beste Rückhalt für die Pläne der Regierung, ob es nun um die Eindämmung der rechten Umtriebe geht oder in der Produktion um die Leitung durch die Arbeiter der Betriebe des gesellschaftlichen Sektors, die Wachsamkeit im privaten Sektor, bei der Versorgung, den Preisen usw. Man muß den Massen die Wahrheit sagen. Die Regierung hat die Bevölkerung in allen möglichen Gremien darüber informiert, daß die bürokratischen Einrichtungen unzureichend sind und daß das Volk selbst sich organisieren muß, um Lösungen zu suchen. Dabei wurden neue organisatorische Erfahrungen bei den in den Wohnbezirken ins Leben gerufenen Versorgungskomitees gesammelt, die Sabotage verhindern und die Preise kontrollieren sollen. Einmal verschwand der Pulverkaffee aus den Läden der Arbeiterviertel. Im Lager eines Großhandelsunternehmers fand er sich wieder. Wir zogen ihn ein, und die schlechte Versorgung hatte ein Ende. Derartige Versorgungsunternehmen müssen unserer Ansicht nach mehrheitlich zum gesellschaftlichen Sektor gehören. In dem Maße, wie die Bevölkerung anfang, sich zu organisieren, begann sie auch, nicht nur eine neue Ausrichtung der Verwaltung,

sondern auch eine besser funktionierende Verwaltung zu verlangen. Die Überwachungseinrichtungen, die zentral im Wirtschaftsministerium angesiedelt waren, wurden dezentralisiert und begannen, in den Wohnbezirken in Räumen der Gewerkschaften oder der Massenorganisationen zu arbeiten. Die Organisation und Mobilisierung der Volksmassen verursachten einen Wandel der ganzen bürokratischen Routine des Verwaltungsapparats. Das nimmt jetzt zunehmend Gestalt an. Das ganze Einzelhandelssystem war **darauf** angelegt, die Schichten mit höheren Einkommen ausgezeichnet und die übrige Bevölkerung schlecht zu versorgen. Die Bevölkerung hat dieses Problem sehr ernst genommen. Das Problem der Spekulation kann nicht durch eine Bekämpfung der kleinen Händler gelöst werden, sondern diese müssen am Kampf gegen die Spekulation der Monopole und ihrer Zwischenhändler teilnehmen. Es geht darum, daß die Regierung dem Volk klar macht, daß man nicht nur die Entscheidungen der Verwaltung abwarten darf, sondern daß das Volk selbst entscheiden und sich deshalb organisieren muß.

F.: Welches ist nun Ihrer Meinung nach die Wirtschaftsform, die sich in der gegenwärtigen Etappe in Chile herausbildet? In drei Richtungen wird polemisiert; man spricht von Staatskapitalismus, linkem Reformismus oder von einem echten Übergang zum Sozialismus. Wofür entscheiden Sie sich?

P.V.: Wir erfüllen gegenwärtig einen Komplex von Aufgaben, die wir als befreiend bezeichnen können. Wenn wir das Kupfer verstaatlichen, dann bedeutet das, daß wir diesen wichtigen Grundstoff von den imperialistischen Interessen befreien. Wir schaffen so die Möglichkeit, daß das Kupfer in jeder Hinsicht für die nationalen Interessen Chiles und die Interessen der Mehrheit der chilenischen Bevölkerung nutzbar gemacht wird. Wenn wir das Bankensystem den Händen einer kleinen oligarchischen, mit der Industriebourgeoisie eng verbundenen Gruppe entreißen, dann schaffen wir damit die Möglichkeit, daß dieses wichtige finanzpolitische Instrument für die Entwicklung des gesellschaftlichen Sektors und zur Unterstützung der kleinen Unternehmen genutzt wird, denen der Zugang zum Bankkredit vorher immer versperrt war. Wenn wir die großen Monopole abschaffen, dann befreien wir die Produktivkräfte, damit sie sich zum Wohle des chilenischen Volkes

und des ganzen Landes entwickeln können. Von diesem Ausgangspunkt aus müssen wir unsere konstruktiven Aufgaben - um sie einmal so zu nennen - bestimmen. Heute gehört das Kupfer uns und wir müssen entscheiden, was wir z.B. mit dem Kupfer machen. Die Wirtschaftspolitik ist für uns zutiefst politisch, und sie ist den Bedürfnissen des Umwälzungsprozesses untergeordnet. Ein wesentlicher programmatischer Punkt ist die sozialistische Umwälzung der chilenischen Wirtschaft. Ein anderer ist die Erweiterung der gesellschaftlichen und politischen Basis der Regierung. Man spricht häufig irrtümlich von zwei Bestandteilen in der Wirtschaftspolitik der Regierung: dem revolutionären, d.h. der Herausbildung des gesellschaftlichen Sektors, und dem reformistischen, dem der Umverteilung, des ansteigenden Konsums usw. Man neigt dazu, die Politik der Regierung als zwischen diesen beiden Aspekten schwankend einzuschätzen, so als ob sie in manchen Dingen revolutionär sei und in anderen mehr reformistisch. So entstehen Zweifel und Polemiken bezüglich des Charakters dieses Prozesses, entsteht die Frage, ob Reformismus oder Revolution. Es ist aber falsch, anzunehmen, es handle sich um zwei von einander getrennte Elemente. Wenn wir eine Umverteilungspolitik betreiben, dann stellen wir klar, daß diese Politik nicht verwirklicht werden kann, solange die Herrschaft der Monopole weiterbesteht; folglich müssen die Monopole nationalisiert und verstaatlicht werden. Wenn wir das tun, dann erlangen wir dadurch die Mittel für die Preispolitik, für die Ausweitung der Produktion usw. Hier wird endgültig eine Antwort auf die Grundfrage des revolutionären Prozesses, auf die Frage der Macht gefunden. Die Wirtschaftspolitik muß also auf die Festigung der Macht der Arbeiter hinzielen. Den Gesamtkomplex der Wirtschaftspolitik muß man als revolutionär oder als reformistisch einschätzen; ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Wirtschaftspolitik revolutionär ist. Was die Frage: Staatskapitalismus oder Sozialismus angeht, da gibt es drei Merkmale, die den Charakter dieses Prozesses bestimmen. Die chilenische Wirtschaft hat in der Vergangenheit eine Etappe des Staatskapitalismus gekannt. Die Breite des staatlichen Sektors, die Zahl der staatlichen Betriebe vor der Volksregierung waren relativ groß. In einem von der Bourgeoisie beherrschten Staat entwickeln sich diese Betriebe in dem Maße, in dem sie den großen

Privatfirmen nützlich sind, und das war früher ihre Funktion. Dasselbe gilt für die staatlichen Banken und Verteilungseinrichtungen. Jetzt aber sind es nicht die Kräfte der Bourgeoisie sondern die Arbeiter, die eine immer stärkere Position einnehmen, und das gibt der Sache einen anderen Sinn. Die Betriebe, die jetzt in den gesellschaftlichen Sektor übergehen, werden weder den Privatunternehmen noch der Industriebourgeoisie dienen; im Gegenteil, sie werden integrierender Bestandteil der strategischen Grundbereiche der Wirtschaft unter der Kontrolle des ganzen Volkes. Das geschieht nicht dank dem Wohlwollen, der Zustimmung oder dem guten Willen der Bourgeoisie; es geschieht gegen die Interessen der Bourgeoisie und gegen ihren Willen, d.h. entgegen den Strukturen des kapitalistischen Systems. Wenn es Staatskapitalismus wäre, dann könnte die Bourgeoisie ja diese Maßnahmen beklatschen; aber das tut sie nicht. Dafür wird sie ja ihre Gründe haben. Die Frage der Macht ist noch nicht endgültig gelöst. Wir stehen im Kampf um die Macht. Die Volksbewegung hat die Regierung erobert, oder besser gesagt, nur einen Teil der Regierung, und sie hat noch nicht einmal den gesamten Staatsapparat in der Hand. Auch dort muß der Prozeß des revolutionären Kampfes zum Ausdruck kommen. Was schließlich diesen Prozeß charakterisiert, das ist die Tatsache, daß im gesellschaftlichen Sektor der kapitalistische Profit nicht mehr das Hauptkriterium ist, sondern daß dieses Kriterium durch eine sozialistische Wirtschaftsplanung abgelöst zu werden beginnt. Das ist das erste Wesensmerkmal. Das zweite ist die entscheidende Rolle der Arbeiter in diesen Betrieben des gesellschaftlichen Sektors. Es wird nicht etwa ein Chef durch einen anderen abgelöst. Es werden vielmehr Wege eröffnet, die es den Arbeitern selbst ermöglichen, die Verwaltung der Betriebe eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen.

F.: Was die Frage der politischen Macht betrifft, so sagen Sie, daß die Volksbewegung nur einen Teil der Macht kontrolliert. Die Rechte kontrolliert die Legislative mit ihrer aus dem Jahre 1969 stammenden Parlamentsmehrheit und die Rechtsprechung. Werden die Konflikte zwischen beiden Klassenfronten, den revolutionären und den herrschenden Klassen, unbegrenzt so weiter bestehen wie bisher, oder wird dieses Gleichge-

wicht in der einen oder der anderen Richtung endgültig aufgehoben werden?

P.V.: Das hängt davon ab, wie sich der Konflikt entwickelt und wer in diesem Prozeß an Stärke gewinnt. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Arbeiter in diesem Sinne an Stärke zunehmen, und daß die revolutionäre Position immer stärker wird.[...]

F.: Das heißt also, daß ein Entwicklungsland die technologische Abhängigkeit überwinden kann, wenn es seine Reichtümer selbst übernimmt und seine Ökonomie auf den Aufbau des Sozialismus einrichtet. Oder ist sie unüberwindlich?

P.V.: Das ist nicht nur möglich, sondern das ist auch der einzige Weg; denn die Alternative wäre die ewige Fortsetzung der immer stärkeren technologischen Abhängigkeit. Ich sagte bereits: wenn wir das Kupfer nationalisieren, dann hört das Kupfer auf, eine Insel innerhalb der Wirtschaft zu sein; denn früher hatte das Kupfer kaum eine Verbindung mit der übrigen ökonomischen Struktur des Landes; auch nicht mit der kulturellen Struktur, weil hier die Universitäten keine höheren technischen Kader für den Bergbau ausbildeten. Die Kader wurden von den Monopolen aus dem Ausland geholt. Sogar was für den Abbau des Kupfers benötigt wurde, wie chemische Produkte, Ersatzteile usw., kam aus dem Ausland. Das Kupfer wurde abgebaut, raffiniert und ins Ausland gebracht. Das war alles. Die Nationalisierung des Kupfers verlangt von uns die Entwicklung verschiedener wichtiger Industriezweige, um den Kupferbergbau mit dem zu versorgen, was er vorher importiert hat. Außerdem können wir uns nicht länger auf den Export des Rohstoffs Kupfer beschränken, sondern wir müssen mehr verarbeitetes Kupfer exportieren; hier haben wir einen weiteren Industriezweig, auf dessen Grundlage wir nicht nur die Versorgung verbessern, sondern auch auf dem Weltmarkt zu Exporteuren verschiedener Kupferprodukte werden können. Das gleiche gilt für andere Bodenschätze Chiles. Das bedeutet zwei neue Zielsetzungen für unseren Industrialisierungsprozeß: nach innen die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und nach außen die Auswahl und den Ausbau bestimmter Bereiche, die verstärkt gefördert werden müssen, damit wir mit unseren industriellen Exporten auf dem Weltmarkt präsent sein können.

Das alles ist gekoppelt mit einer grundlegenden Agrarreform, die im nächsten Jahr die restlichen Latifundien beseitigen wird, mit ihrer politischen und ökonomischen Bedeutung für das Anwachsen der Produktion und des Nahrungsmittelkonsums und für den Ersatz bestimmter Importe.

F.: Herr Minister, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

P.V.: Ja: Wir werden siegen!

Die Ausschnitte des Interviews wurden entnommen aus: Via Chilena, hrsg. von Oficina de Planificación Nacional, Nr.2, Jg.1, Nov.1971, S.4f. und 10f.

Oberfläche	740.000 km ²
Bevölkerung (1970)	8,836 Mio.
Anteil der städtischen Bevölkerung	: 74,2%
jährliches Bevölkerungswachstum	2,5%
Alphabetisierungsgrad	89,6%
<u>Bruttoinlandsprodukt (zu Faktorkosten)</u> nach Sektoren (1969)	
<u>Güterproduktion</u>	49,8%
davon:	
Landwirtschaft	10,1%
Bergbau	9,7%
Industrie	25,9%
Bauwirtschaft	4,1%
<u>Grunddienstleistungen</u>	11,8%
davon:	
Elektr., Gas, Wasser	1,5%
Transport & Kommunikation	10,3%
<u>Andere Dienstleistungen</u>	38,3%
davon:	
Handel und Finanzen	17,6%
Regierung	4,7%
Sonst. Dienstleistungen	16,0%
	<u>100,0</u>

Literatur:

- James Petras, Politics and Social Forces in Chilean Development, Berkeley und Los Angeles 1969
- Catherine Lamour, Le pari chilien, Paris 1972
- Régis Debray, Entretiens avec Allende sur la situation au Chili, Paris 1971 (soll bereits seit langem bei Luchterhand erscheinen)
- D.Boris, E.Boris, W.Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971
- Klaus Eßen, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Rheinbek 1972

ANGOLA

In der folgenden Stellungnahme schildert die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) zusammenfassend die Probleme, mit denen sie als einzig relevante und führende Kraft im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus aufgrund der Anerkennung der "revolutionären Exilregierung Angolas" durch die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) konfrontiert war. Die Rücknahme der Anerkennung ist in erster Linie Resultat des nicht mehr übersehbaren Erfolges der MPLA in ihrem Kampf gegen die Kolonialmacht und in der Konsolidierung der von ihr befreiten angolesischen Gebiete. Durch die antikommunistische Propaganda, durch die Bekämpfung der Aktivitäten der MPLA und durch die tribalistische und rassistische Beschränktheit der UPA (Union der Völker Angolas), deren Vorsitzender Holden Roberto Präsident der GRAE ist, wurde der nationale Befreiungskampf in seiner Vereinheitlichung und Entfaltung lange Zeit erheblich behindert.

ERKLÄRUNG ZUR RÜCKNAHME DER ANERKENNUNG DER "GRAE" DURCH DIE OAU

Die Organisation für afrikanische Einheit hat kürzlich einen Entschluß gefaßt, den wir ohne zu zögern als historisch bezeichnen können: auf dem achten Gipfeltreffen der afrikanischen Staatsoberhäupter wurde der sogenannten "revolutionären Exilregierung Angolas" (GRAE) die Anerkennung abgesprochen und dieser Marionettenorganisation die weitere Mitgliedschaft verweigert.

Diese die OAU ehrende EntschlieÙung stellt nicht nur eine berechtigte Wiedergutmachung eines bedauerlichen Irrtums dar, sondern ist auch eine Würdigung der Kämpfer der MPLA in ihrem bewaffneten nationalen Befreiungskampf. Diese EntschlieÙung krönt die fortgesetzten Bemühungen der MPLA, zu beweisen, daß nur sie die Ansprüche des angolesischen Volkes auf nationale Unabhängigkeit vertritt.

Wir geben eine kurze Übersicht über die Etappen, die zur gegenwärtigen Situation geführt haben:

- 1) Am 5. April 1962 verkünden zwei politische Gruppen mit Stammescharakter, die UPA und die PDA - die sich 9 Tage zuvor in einem der FNLA genannten Kartell zusammengeschlossen haben - die Bildung einer sogenannten Exilregierung der Republik Angola.
- 2) Das Führungskomitee der MPLA übersendet umgehend - am 15. April desselben Jahres - den afrikanischen Staatsoberhäuptern ein Memorandum, um sie vor der Gefahr zu warnen, die eine Anerkennung dieser "Regierung" mit sich bringen würde. Die Schlußfolgerungen des Memorandum sind folgende:

"Es kann als sicher angesehen werden, daß die Bildung der sogenannten provisorischen Regierung der Republik Angola die bisherige Ursache für die Spaltung des angolesischen Volkes verankert, sowie zusätzliche Elemente der Spaltung einführen und verfestigen wird. Damit werden das Sehnen des angolesischen Volkes nach Freiheit und die Opfer, die es für die Befreiung von der fremden Herrschaft auf sich genommen hat, verraten. Zudem werden dadurch, daß die angebliche provisorische Regierung der Republik Angola sich ausländischen Interessen ausliefert ¹⁾ Identität und Freiheit Afrikas geschwächt."
- 3) Im Mai 1963 wird die Organisation für afrikanische Einheit gegründet, und sie vertritt die Ansicht, daß der Befreiungskampf von einer einheitlichen Bewegung geführt werden sollte, oder - sofern diese nicht vorhanden ist - von einer gemeinsamen Front, die sich aus allen in einem bestimmten Gebiet kämpfenden Bewegungen zusammensetzt.
- 4) Anlässlich der ersten Tagung des Komitees für afrikanische Befreiung in Dar-es-Salaam, läßt die Regierung von Kongo-Kinshasa am 29. Juni 1963 durch ihren Außenminister, unter willkürlicher Ausnutzung der Gründung der FNLA, die de jure Anerkennung einer angolesischen Regierung - der "GRAE" - verkünden, die sich revolutionär nennt, und sich im Exil befindet (...)
- 5) Das zweite Gipfeltreffen der afrikanischen Staats- und Regierungschefs vom Juli 1964 in Kairo empfiehlt die Anerkennung der "GRAE" und ersucht diese Marionettenorganisation sowie die MPLA "ihre Meinungsverschiedenheiten zu verschweigen und eine gemeinsame Aktionsfront zu bilden." Ferner wird in der zitierten Resolution "das Befreiungskomitee gebeten, sich mit Hilfe der Vertreter von Kongo-Brazzaville, Ghana und der VAR dafür zu verwenden, die angolesische revolutionäre

näre Exilregierung und die Volksbewegung zur Befreiung Angolas mit allen Mitteln der Überzeugung zu versöhnen, um die Schaffung einer einheitlichen Front aller nationalistischen Kräfte im Kampf für die Unabhängigkeit zu gewährleisten." (AHG/Res.18)

Seitdem hat die MPLA unablässig eine Aufklärungskampagne geführt, um die falsche Einschätzung der Lage, die in der Empfehlung der Gipfelkonferenz der OAU zum Ausdruck kommt, hervorzuheben.

Die MPLA hat sich andererseits für die Einigung der nationalistischen Kräfte in Angola eingesetzt und hat - nach Überwindung vieler Hindernisse - ihre politisch-militärischen Aktionen im Lande entwickelt.

Nach Abschluß der letzten, vom 10. bis zum 15. Oktober 1966 in Kairo abgehaltenen Versammlung des "Komitees der Drei", haben die beiden Bewegungen ein Abkommen unterzeichnet, in dem folgendes vereinbart worden ist:

- a) - Die sofortige Einstellung aller feindlichen Propaganda unter Aufsicht eines Organs der OAU;
- b) - die sofortige Freilassung von Mitgliedern der beiden Bewegungen, die von der einen oder anderen Seite festgehalten werden;
- c) - die Einsetzung einer militärischen Ermittlungskommission der OAU, die eine Neueinschätzung der Situation in Angola erarbeiten und Empfehlungen über die Art der gewünschten Unterstützung geben soll, um den gemeinsamen bewaffneten Kampf zu intensivieren und effektiver zu gestalten;
- d) - unmittelbar nach dem Abschluß der Arbeiten der OAU-Ermittlungskommission wird ein aus Vertretern der MPLA und der GRAE bestehendes Komitee gebildet, um die Modalitäten einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Bewegungen - sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet - auszuarbeiten.

Es wäre langwierig und überflüssig, die einseitigen Übertretungen dieses Abkommens aufzuzählen, das übrigens von der Führung der

GRAE nicht ratifiziert worden ist. Diese Marionettenorganisation war für den Befreiungskampf des angolesischen Volkes immer ein wesentliches Hindernis. Die MPLA, die ihrer politischen Linie treu geblieben ist, hat die militärischen Operationen in Cabinda, im Nordwesten und Südosten ausgedehnt und verstärkt. Dies geschah nicht, ohne sich

für die Aussöhnung einzusetzen, was von einem aus Vertretern von fünf Mitgliedstaaten (Kongo-Brazzaville, Kongo Kinshasa, Ghana, der VAR und Sambia) bestehenden Komitee vorgeschlagen und auf dem Gipfeltreffen der OAU im September 1967 in Kinshasa beschlossen worden war.

6) Auf dem Treffen des Komitees der Fünf für Angola, das vom 22. bis zum 27. Juni 1968 in Addis-Abeba stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Konferenz der Staats- und Regierungschefs ausdrücklich empfohlen wurde, die Anerkennung als revolutionäre Exilregierung von Angola - die man der FNLA gewährt hatte - zurückzunehmen, um dadurch eine Aussöhnung zu begünstigen. Das Komitee der Fünf gelangte zu dieser Schlußfolgerung, da es festgestellt hatte, "daß die Anerkennung des Status als Exilregierung, die der FNLA gewährt worden war, diese Bewegung dazu verleitet hat, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen und ihre kämpferische Aktivität erheblich einzuschränken". Das Komitee war ferner "der Ansicht, daß die Rücknahme einer solchen Anerkennung dazu geeignet wäre, die Aussöhnung zwischen den beiden Bewegungen zu fördern."

7) Schließlich hat die fünfte Gipfelkonferenz der OAU, die im September 1968 in Algier, einem der ruhmreichsten Zentren der afrikanischen Revolution, stattfand, beschlossen, den Status der FNLA als revolutionäre Exilregierung Angolas zu überdenken.

Die fundamentale Realität - die Kontrolle und die Ausdehnung der befreiten Gebiete in Angola unter der ausschließlichen Führung der MPLA - ist der Militärkommission der OAU, die sich im März 1969 in einer Zone der III. Militärregion aufgehalten hat, bewußt geworden.

In der Schlußfolgerung ihres Berichtes hat die Kommission unumwunden festgestellt, daß die MPLA die einzige Kraft ist, die in Angola effektiv kämpft.

Die dargelegte Entwicklung hat zu der historischen Entscheidung auf dem achten Gipfeltreffen der OAU geführt.

Ein Sieg dieses Umfangs, der nur dank des ausdauernden Kampfes der Mitglieder der MPLA und der Entschiedenheit ihrer Führer möglich gewesen ist, bedeutet ebenfalls einen Erfolg für die Regierungen der afrikanischen Länder, die der MPLA niemals Unterstützung versagt haben, vor allem Kongo-Brazzaville, Sambia und Tansania. Präsident Kenneth Kaunda,²⁾ der auf dem siebenten Gipfeltreffen zum amtierenden

Präsidenten der OAU gewählt worden ist, hat ebenfalls zu unserem Sieg beigetragen.

Es trifft zu, daß die Demokratische Republik Kongo immer noch die abgewirtschaftete GRAE anerkennt. Es handelt sich hier um eine Entscheidung, die unter die normale Zuständigkeit eines souveränen Staates fällt. Aber wir glauben, daß es für die DRK vorteilhaft wäre, sich der Resolution der OAU formell und inhaltlich anzuschließen. Eine Änderung ihrer unbeugsamen Haltung gegenüber der MPLA, die keinerlei Unterstützung von Kongo-Kinshasa erhält, wäre ein bedeutender Beitrag zur vollständigen Beseitigung des Kolonialismus in Angola. Wir sind bereit, mit den Behörden der DRK in diesem Sinne einen Dialog einzuleiten.

Die Dynamik unseres nationalen Befreiungskampfes zwingt die faschistische portugiesische Regierung durch Kollaboration mit der rassistischen Vorster-Regierung, ihre strategischen und militärischen Truppenverbände zu stärken, um den Völkermord in Angola fortzuführen. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, daß die Gesamtheit der afrikanischen Länder und die fortschrittlichen Kräfte in der Welt ihre Hilfe auf allen Gebieten der einzigen Bewegung gewähren, die als Vorhut der angolesischen Bevölkerung deren Streben nach nationaler Unabhängigkeit vertritt: der MPLA.

Durch den Sieg der OAU bestärkt und im Bewußtsein der historischen Verantwortung, die sie trägt, grüßt die MPLA den amtierenden Präsidenten der OAU, Exzellenz Mokhtar Ould Daddah, sowie die Gesamtheit der afrikanischen Völker, die für die vollständige Befreiung des Kontinents kämpfen.

Das Führungskomitee der MPLA

Lusaka, den 25. Juni 1971
CD/DIP/MS

(Quelle: Hektrographiertes Material der MPLA
in Schweden vom 15. Juli 1971)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Die GRAE konnte sich niemals vom Verdacht enger Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA befreien; Hauptgelögeber der UPA ist das US-amerikanische Afrika-Komitee, dessen finanzielle Hilfen mit der Auflage verbunden sind, daß die UPA kein Bündnis mit der MPLA eingeht.
- 2) Kaunda ist Staatspräsident Sambias.

ARABISCHER GOLF

PETER DIETZEL:

ERDÖL IM ARABISCHEN GOLF

Die am 20.1. in Genf zwischen Vertretern der OPEC⁺) und den westlichen Erdölkonzernen ausgehandelte Erhöhung der Rohöl-Abgaben um 8,49% als Kompensation für die im Gefolge der Dollarabwertung (die sog. "posted prices" für Rohöl werden in US Dollar festgelegt) entstandenen Verluste seitens der petroleumexportierenden Staaten stellt einen relativen Erfolg vor allem für die Anrainer des arabischen Golfes dar, die bisher noch keine Möglichkeit hatten, die verringerten Einnahmen durch fiskalische oder monetäre Maßnahmen auszugleichen. Der ursprünglichen Forderung nach einer Erhöhung von 8-11% stand ein Angebot von 2-4% der Erdölmonopole gegenüber, nachdem diese unter dem Hinweis auf die im Frühjahr 1971 ausgehandelten Fünfjahresverträge von Teheran und Tripolis jegliche Verhandlungen zunächst abgelehnt hatten. Der ausgehandelte Kompromiß stellt ein Zugeständnis an die Exportländer des arabischen Golfes dar, der drei Faktoren Rechnung trägt: der wachsenden Bedeutung dieser Region für die Energieversorgung Westeuropas, den laufenden Verhandlungen über eine Beteiligung der Konzessionsgeber am Produktivkapital der Gesellschaften und der zunehmenden Sorge der imperialistischen Mächte und ihrer Monopolgruppen um "sichere" Rohstoffquellen.

In der Region des arabischen Golfes lagern mehr als die Hälfte aller bis 1970 festgestellten Erdölreserven der Welt (49,9 von 83,1 Mrd t; davon in Saudi-Arabien 17,3, im Iran 9,5 und in Kuwait 9,2). "Dies ist von größter Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der Erdölverbrauch, global gesehen, inzwischen auf 2,3 Mrd t pro Jahr anstieg, unaufhaltsam weiter wächst (Verdoppelung bis 1980) und daß ölhungrige Großverbraucher in Europa und im Fernen Osten über keine eigenen wesentlichen Vorkommen verfügen." (NZZ v.24.7.71) In der Reihenfolge der 10 größten Erdölproduzentenländer rangieren (in Mio Jato) hinter

den USA (534), der UdSSR (353) und Venezuela (193) bereits Iran (190) und Saudi-Arabien (175). Es folgen Libyen (159) und hernach wieder zwei Länder am arabischen Golf: Kuwait (138) und der Irak (75). Dann kommen Kanada (70) und Nigeria (53). Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Versorgung Westeuropas mit Erdölimporten nach Herkunftsregionen (Anteile in %):

	1970	1971 (1. Halbjahr)
Nordafrika	37,5	27,0
Arabischer Golf	49,3	58,0
Westafrika	5,1	8,9
Lateinamerika	3,7	2,8
Sozialistische Länder	2,8	2,4
Sonstige	1,6	0,9

Quelle: NZZ v. 22.11.71 u. 11.12.71

Am 21.1. haben - ebenfalls in Genf - Verhandlungen über die Beteiligung der Erdölländer am Produktivvermögen der Konzerne begonnen. Während Algerien und Venezuela eine hundertprozentige Übernahme der ausländischen Anlagen anstreben, Libyen nur Minderheitsbeteiligungen bis zu 49% zulassen will und Indonesien lediglich sog. "production-sharing-Verträge" gegen Gewinnbeteiligung abschließt, wobei das geförderte Öl bis zum Verkauf Staatseigentum bleibt, fordern die Staaten des arabischen Golfes 20% Direktbeteiligung bei den Konzernen. Ohne Zweifel wurden die Ölpreisverhandlungen mit Rücksicht auf diese zweite, sehr viel wesentlichere Verhandlungsrunde geführt, da es sich hierbei nicht allein um kurzfristige Profitinteressen der Monopole dreht.

Bereits im September letzten Jahres wurde auf der NATO-Tagung in Ottawa die Notwendigkeit betont, die Erforschung und Ausbeutung von Erdöllagerstätten in "politisch stabilen" Regionen zu intensivieren (Le Monde v. 30.9.71). Die reaktionären Regimes der arabischen Scheichtümer und Persiens stellen für die Imperialisten verlässlichere Garanten ihrer Interessen dar als die nationalrevolutionären Regierungen in Algerien, das die französischen Erdölanlagen teilnationalisiert hat, und Libyen, das eine Drosselung der Produktion zur Schonung der nationalen Ressourcen verfügt hat und durch die im Dezember erfolgte Enteignung der BP (vgl. AIB 1/72) den "Petroleum Press Service", Organ der Ölmonopole, veranlaßte, nach einem Zusammenschluß aller erdölimportierenden Staaten zu rufen. (Le Monde v. 7.1.72) Das imperialistische Sicherheitsinteresse der Ölquellen im arabischen Golf kam auch bei der wider-

rechtlichen Aneignung dreier Golfinseln durch Persien Ende letzten Jahres zum Ausdruck: Während die arabischen Staaten die iranische Invasion eindeutig verurteilten, der Irak, Algerien, Libyen und die Demokratische Republik Yemen eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates forderten, verhielt sich die "Schutzmacht" Großbritannien abwartend und versucht nun, die betroffenen Scheichtümer zur Hinnahme der Aggression zu bewegen. Die Gründe erscheinen klar: Der Iran hat "nie einen Zweifel daran gelassen, daß es ihm letztlich nicht um die Erfüllung eines Rechtsanspruches geht", sondern, daß der Besitz der Inseln eine "Frage der Sicherheit" darstellt und daß die drei Inseln, so sie in "falsche Hände" gerieten, "zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit würden, die den ökonomischen Bestand und den wirtschaftlichen Fortschritt in Frage stellen würde". Auch Großbritannien und den "anderen westeuropäischen Staaten kann es nicht gleichgültig sein, wer zur dominierenden Macht am persischen Golf aufsteigt". (alles FAZ v. 15.12.71)

Die Aktivitäten des 1969 gegründeten westdeutschen Gemeinschaftsunternehmens Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH Deminex, das nach der bereits in Libyen operierenden Gelsenberg AG als zweite "rein deutsche Ölgesellschaft Zugang zu Ölquellen im Ausland erhalten soll", (HB v. 3./4. 12.71) dokumentieren den Vorstoß auch westdeutschen Kapitals in diese Region: Die Gesellschaft, die bereits in Nigeria und Indonesien operiert, strebt mit "beträchtlicher zusätzlicher Bundeshilfe" eine Beteiligung von 13 1/3% am Kapital der Abu Dhabi Marine Areas an. Von diesem Kapital liegen 2/3 bei der BP, das restliche Drittel bei der Compagnie Francaise de Pétroles (CFP). (HB v. 3./4.12.71)

Anmerkung:

+) OPEC = Organisation of Petroleum Exporting Countries. Mitglieder: Iran, Irak, Saudi-Arabien, Abu Dhabi, Katar, Kuwait, Libyen, Algerien, Nigeria, Venezuela und Indonesien. Aus den OPEC-Ländern stammen 90% allen exportierten Rohöls.

BRITEN GEHEN -UM ZU BLEIBEN

Wie besonders die britische Presse mit unverhohlener Genugtuung berichtet, steht die Gründung eines neuen Staates an der Südküste des Arabischen Golfes bevor: der „Föderation Arabischer Emirate“. Sie soll aus sechs der insgesamt sieben Sheikhtümer des britischen Protektoratsgebietes „Vertragsoman“ bestehen, und zwar aus Abu Dhabi, Dubai, El Sharja, Fujeira, Ajman sowie Umm el Kaiman. Auf ihrem Territorium von rund 73 600 Quadratkilometern leben schätzungsweise 135 000 Menschen, zu einem Zehntel nomadisierende Beduinen. Die größten Städte sind Abu Dhabi mit 20 000 und Dubai mit etwa 60 000 Einwohnern.

Alle diese Kleinstaaten – Ajman beispielsweise ist nur 250 Quadratkilometer groß und hat etwa 4300 Einwohner – wurden 1820 von Großbritannien unter dem Vorwand, das Piratentum zu bekämpfen („Piratenküste“), militärisch unterworfen und zwischen 1853 und 1892 durch verschiedene „Schutzverträge“ de facto dem britischen Kolonialimperium einverleibt. Verwaltung und wirtschaftliche Entwicklung lagen fortan praktisch in den Händen der britischen Regierung, vertreten durch „politische Residenten“ in den Hauptorten. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bildete sie eine 1800 Mann starke, von britischen Offizieren befehligte mobile Polizeitruppe, die „Trucial Oman Scouts“. Sie ist in Sharja, wo Großbritannien mehrere Militärstützpunkte unterhält, stationiert und wurde mehrfach zur Niederschlagung von Demonstrationen, beispielsweise in Bahrein, eingesetzt.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Sheikhtümer, die teilweise nicht einmal ein zusammenhängendes Staatsgebiet besitzen, hat der britische Imperialismus fast nichts unternommen. Wie vor hundert Jahren sind Fischfang und Export getrockneter Fische der einzige Wirtschaftszweig in El Sharja, Fujeira, Ajman und Umm el Kaiman. Der Sheikh von El Sharja füllt seine Privatschatulle durch Einnahmen aus den britischen Stützpunkten etwas auf. Seine Amtskollegen versuchen ein Gleiches durch die Vergabe von Konzessionen an imperialistische Erdölmonopole, ohne daß bisher allerdings Öl erbohrt wurde.

Die Hoffnungen, „schwarzes Gold“ zu entdecken, werden genährt durch fündige Bohrungen in Abu Dhabi und Dubai. Abu Dhabi, wo 1962 mit der Produktion begonnen wurde, förderte 1970 rund 33 Millionen Tonnen Erdöl.

Ein großer Teil der daraus erzielten Einnahmen wird für die Hofhaltung der Herrscherfamilie el Nahayan verwandt oder fließt auf ihre Konten. Aus dem verbliebenen Rest wird der Bau einiger Krankenhäuser, Schulen, Wasseraufbereitungsanlagen und -leitungen, Straßen sowie eines Flugplatzes finanziert. Dubai, dessen Förderung 1969 aufgenommen wurde, produzierte im vergangenen Jahr vier Millionen

Tonnen Erdöl. Die gleichnamige Hauptstadt gilt außerdem von jeher als Handelszentrum von „Vertragsoman“.

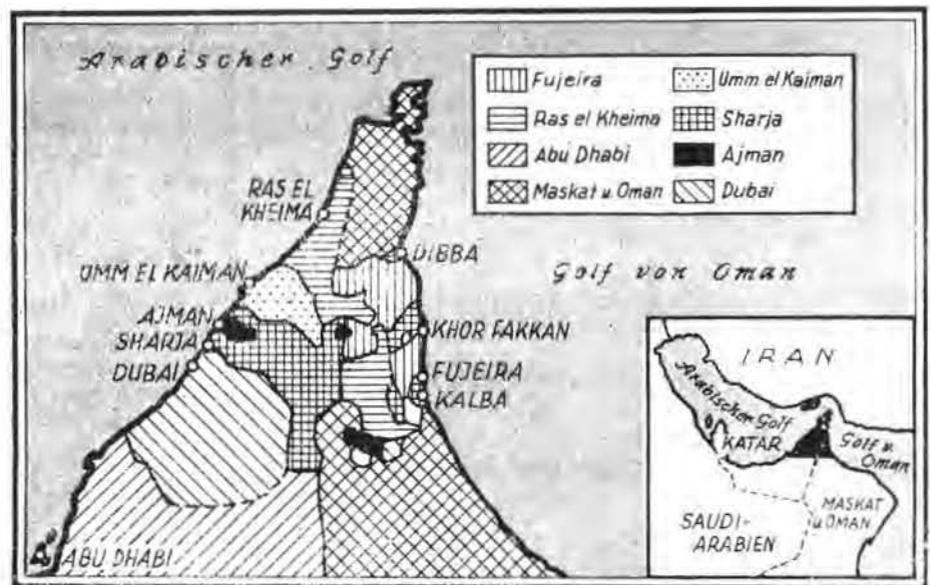
Die Idee zur Gründung der Föderation wurde im Londoner Foreign Office (Außenministerium) geboren und Anfang 1968 zusammen mit dem Beschluß der damaligen Labour-Regierung verkündet, die britische Präsenz „östlich von Suez“ bis Ende 1971 zu beenden. Dem liegt die Absicht zugrunde, einerseits das an chronischer Schwindsucht leidende Staatssäckel zu entlasten, andererseits sich jedoch der veränderten Weltlage anzupassen und am strategisch und wirtschaftlich wichtigen Arabischen Golf Regimes zu etablieren, die eine Fortsetzung der britischen Herrschaft unter anderer Flagge gewährleisten. Nach anfänglicher Opposition hielt sich auch die jetzige Tory-Regierung an diese Entscheidung, nachdem Recherchen am Golf die Gefahr anti-britischer Tendenzen bestätigt hatten.

Doch die Verhandlungen im Kreise der betroffenen Sheikhs, zu denen ursprünglich noch die von Bahrein, Katar und Ras el Kheima gehörten, verliefen von Anfang an sehr zähflüssig. Die von der Kolonialmacht in der Vergangenheit geschürten Rivalitäten, Familienzwistigkeiten und religiösen Differenzen wirkten sich besonders aus, als es um Kompetenzen und Zusammensetzung der Föderationsregierung ging. Diese Probleme wurden noch verschärft durch den Druck von außen – so Gebietsforderungen Saudi-Arabiens an Abu Dhabi

und die dauernden Interventionen Großbritanniens.

Erst als Bahrein und Katar sich zur Selbständigkeit entschlossen und die Herrscher von Abu Dhabi und Dubai sich bereit erklärt hatten, einen Teil ihrer insgesamt 170 Millionen Pfund Sterling betragenden Oleinnahmen einem Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Sheikhtümer zuzuführen, einigten sich die Herrscher. Sheikh Said Ben Sulfan el Nahayan von Abu Dhabi und Sheikh Raskid Ben Said el Maktum von Dubai nutzten ihre wirtschaftlichen Machtmittel und okkupierten die Posten des Präsidenten bzw. Vizepräsidenten der Föderation. Der Sheikh von Ras el Kheima, der mit zur Verhandlungsrunde gehörte, lehnte es ab, seine vier Dörfer in den neuen Staat einzubringen, da es ihm nicht gestattet wurde, von dem seinem Lande zustehenden Betrag aus dem Entwicklungsfonds persönliche Ausgaben zu bestreiten. Außerdem protestierte er mit seiner Weigerung gleichzeitig gegen den Abstimmungsmodus in der Föderation, der den armen Mitgliedern nur wenig Einflußmöglichkeiten zugesteht.

Ähnlich wie im Falle Bahreins und Katars schlug Großbritannien einen „Freundschafts- und Beistandspakt“ vor und benannte Offiziere, welche die künftige Föderationsarmee ausbilden und führen sollen. Inwieweit es dem britischen Imperialismus gelingt, dadurch auf die Dauer seine Positionen zu behaupten, bleibt abzuwarten.



(AUS: ND, 18.11.71)

KURZ- INFORMATION

BRD/PORTUGAL: Die Korvette Joao Coutinho, von Blohm & Voss in Hamburg gebaut und vergangenes Jahr an Portugal geliefert, wurde bei einer Kollision im Hafen von Beira, Mozambique, schwer beschädigt. Nach Angaben des niederländischen Angola-Komitees ist die Joao Coutinho eine von drei Korvetten, die in Hamburg für die portugiesische Regierung gebaut und im Kolonialkrieg eingesetzt wurden. Laut Angola-Komitee haben die Portugiesen selbst diese Tatsache zugegeben. Dessen ungeachtet betont die westdeutsche Regierung nach wie vor, daß diese Schiffe nur innerhalb des NATO-Bereiches eingesetzt werden dürften. (Standard, Tanzania, 2.12.71)

Der westdeutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, EPPLER, wurde von zwei Journalisten über die engen Beziehungen Westdeutschlands zu den europäischen Kolonialregierungen und zu Südafrika befragt. Angesprochen auf die Lieferung von drei Kriegsschiffen an Portugal, erklärte Eppler wörtlich: "Zwischen der Bundesregierung und Portugal werden augenblicklich Verhandlungen über die strikte Einhaltung der sog. Endverbleibsklausel [...] geführt. Es wird keine Waffenlieferungen mehr geben, solange diese Verhandlungen nicht für die Bundesrepublik befriedigend abgeschlossen sind." (Sunday News, Tanzania, 19.12.71) Auf die Frage, ob sich die BRD nicht schuldig fühle, UNO-Resolutionen zu verletzen, wenn sie mit Südafrika und Portugal Handel treibe, antwortete Eppler: "Wir verletzen keine Resolution der UN. Es gibt nur eine Resolution der UN, die über Rhodesien. Und an die halten wir uns. Es gibt keine vergleichbare Resolution über Südafrika und Portugal".

Dagegen berichtete die Sunday News (Tanzania) vom 12.12.71, daß die Generalversammlung der UNO im Dezember 1971 in einer Resolution den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau verurteilt und u.a. auch Portugals Verbündete in der NATO auffordert, den VERKAUF von oder die VERSORGUNG mit WAFFEN, MILITÄRISCHER AUSTRÜSTUNG und KRIEGSMATERIAL an PORTUGAL zu verhindern. (Vgl. AIB, Nr.1/1970)

NAMIBIA: Ungefähr 4 Wochen lang streikten ca. 13.000 OVAMBOS in mehreren Städten Namibias, der früheren deutschen Kolonie Südwest-Afrika, gegen das KONTRAKT-System, das die in Reservate getriebenen Ovambos zwingt, bei festgesetztem Lohn von durchschnittlich 100 Mark pro Monat dort zu arbeiten, wo die "Gesellschaft für Eingeborenearbeit" (Swanla) sie einsetzt. Da es in Namibia keinen "freien" Arbeitsmarkt gibt, müssen die Ovambos Arbeitskontrakte eingehen, die meist über 18 Monate laufen. Während dieser Zeit dürfen die Zwangsarbeiter weder ihre Familien besuchen noch Besuch erhalten. Untergebracht sind sie in baufälligen Baracken, die von der Umwelt gettoartig abgeschlossen sind. Die südafrikanische Regierung, die sich ein "Mandat" über Namibia anmaßt, hat dort Verhältnisse geschaffen, die den "Bantustan" in Südafrika ähneln: niedrige Löhne, fehlende ärztliche und hygienische Versorgung, Analphabetentum und hohe Kindersterblichkeit. Der Streik im Ovamboland wurde durch die verstärkte Guerilla-Tätigkeit der SWAPO (SWAPO = Volksorganisation von Südwestafrika; der Caprivi-Streifen grenzt an Angola, Südwestafrika, Südafrika und Sambia.) im Caprivi-Streifen erheblich beeinflusst. Zur Unterstützung des Streiks hat der Allafrikanische Gewerkschaftsbund (AATUF) alle Arbeiter und antiimperialistischen Kräfte innerhalb und außerhalb Afrikas aufgerufen. Der Streik gegen das Kontraktsystem, das das Rassistenregime in Südafrika als "geeignet und nutzbringend" bezeichnet, läßt indes die ausländischen Konzerne in Namibia um ihre Profite bangen, die sie aus der Ausbeutung der Uran-, Kupfer- und Goldvorkommen ziehen. Kloeckner, Krupp und andere BRD-Firmen seien, wie die "Welt" schrieb, "über die Entwicklung äußerst besorgt". (FR, 11.1.72, SZ, 15./16.1.72, UZ, 21.1.72, ND, 22.12.71)



ZIMBABWE: Die ZAPU (Union afrikanischer Völker Zimbabwes) hat die britische Übereinkunft mit dem rhodesischen Rassistenregime entschieden zurückgewiesen und die Forderung nach der Herrschaft der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit erneuert. Die Übereinkunft zielt auf die Erhaltung des rassistischen und faschistischen Regimes der weißen Minderheit ab, unter der das Volk von Zimbabwe seit 80 Jahren zu leiden habe. "Das Rhodesienproblem kann nur gelöst werden, wenn die Macht der Bevölkerungsmehrheit übertragen wird. Nach so vielen Jahren der Unterdrückung kann kein Aufschub geduldet werden. Eine Verfassung kann nur mit der uneingeschränkten Beteiligung der wirklichen Führer des Volkes von Zimbabwe gültig und akzeptabel sein", betonte die ZAPU. (Horizont, 1/72)

RHODESIEN: Der Widerstand der afrikanischen Bevölkerung von Zimbabwe gegen das Abkommen, das "nach der Ansicht von Fachleuten mindestens für die nächsten 50 Jahre eine Regierung der farbigen Bevölkerungsmehrheit ausschließen würde" (FR 19.1.72), hat seit der Ankunft der Pearce-Kommission einen neuen Höhepunkt erreicht.

Der Kampf begann mit Streiks und Demonstrationen der Bergarbeiter von Shabani, gegen die die Polizei eingesetzt wurde, die mindestens einen Arbeiter tötete und neun weitere verletzte. Er griff innerhalb weniger Tage auf Gwelo, die drittgrößte Stadt des Landes über, wo es trotz Polizei- und Militäreinsatzes nicht gelang, den Widerstand der afrikanischen Bevölkerung zu brechen.

Diese Aktionen zeigen der Weltöffentlichkeit und der Pearce-Kommission die einmütige Ablehnung des 5-Punkte Abkommens durch die afrikanische Bevölkerung. Dies ist insofern von Bedeutung, als dieses Abkommen nur in Kraft treten kann, wenn die Pearce-Kommission "zu der Ansicht gelangt, daß die Mehrheit der farbigen Bevölkerung es akzeptiert" (FR 19.1.72).

Auf dem afrikanischen Kontinent ist die Reaktion übrigens einheitlich ablehnend - selbst bei jenen Regierungen, die bereit sind, den Dialog mit Südafrika zu führen. Uganda hat sogar angeboten, seine militärischen Ausbildungsstätten den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika zur Verfügung zu stellen (SZ 7.1.72).

Die Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten Todd zeigt sehr deutlich, wie sehr das Smith-Regime in Unruhe geraten ist. Ein Indikator für die Stimmung unter der weißen Oberschicht ist auch das Fallen des Aktienindex um 3% und der Bergwerksaktien um 7% (FAZ 29.1.72).

Die Pearce-Kommission hat inzwischen, um durch ein "unparteiisches Urteil" zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen, beschlossen, nicht den Volksmassen, sondern Gesprächen unter vier Augen mehr Gewicht bei der Entscheidung zu geben (FAZ 29.1.72).

PAKISTAN: Zur Ankündigung des pakistanischen Präsidenten, Ali Bhutto, Industrieunternehmen zu verstaatlichen, schrieb das "Handelsblatt", daß "von dieser Maßnahme freilich nur das Management betroffen [sei], das in Zukunft der Regierung direkt verantwortlich sein wird". Ein Großteil der nun "verstaatlichten" Unternehmen stand bisher zumindest unter halbstaatlicher Kontrolle. Das "Handelsblatt" meinte beruhigend: "Großgrundbesitzer Bhutto [machte] den Großindustriellen ihre finanziellen Anteile ebenso wenig streitig wie den freien Aktionären. Zudem versicherte der Präsident, auch ausländische Investitionen und Kredite würden in keiner Weise angetastet, was sein Finanzminister Mubashir Hasan später mit der Bemerkung ergänzte, den Investoren werde nun sogar größere Sicherheit geboten, weil sie es künftig direkt mit der Regierung zu tun hätten und gegen Firmenbankrott gefeit seien." (HB, 20.1.72)

BANGLA DESH/VR CHINA: Radio Peking hat am 26.1.72 bestätigt, daß die chinesische Regierung das Generalkonsulat, das sie in der bengalischen Hauptstadt Dacca unterhielt, aufgegeben hat. Das gesamte Konsulatspersonal sowie die chinesischen Entwicklungshelfer seien nach China zurückgekehrt. Der Rundfunkmeldung zufolge schloß Peking das Generalkonsulat im ehemaligen Ostpakistan bereits am 17. Dezember, einen Tag, nachdem Dacca "von den indischen Aggressoren mit der kräftigen Hilfe des (so-wjetischen) Sozialimperialismus besetzt" worden war. (SZ 27.1.72)

INDIEN: Die Organisationen der KP Indiens und der Kongreß-Partei im Unionsstaat Pandschab wollen bei den bevorstehenden Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung zusammenarbeiten, um reaktionären Kräften eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. In Westbengalen hat die Führung der KP Indiens entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages ebenfalls die Initiative zum Zusammenschluß der linken und demokratischen Kräfte ergriffen. Die Wahlen zu den Parlamenten von 15 indischen Unionsstaaten und -gebieten werden im März stattfinden. (Horizont 3/72)

INDIEN/SÜDVietnam: Einen Tag nach der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen INDIEN und der DRV hat die Saigoner Marionettenregierung allen indischen Staatsangehörigen bis auf weiteres die Einreise untersagt. Das Einreiseverbot gilt auch für den indischen Vorsitzenden der Internationalen Kontrollkommission für Vietnam, die 1954 auf der Genfer Indochina-Konferenz eingesetzt worden war, und die Durchführung der dort getroffenen Vereinbarungen zu überwachen hatte. (FR 9.1.72)

USA: Die Einheiten der 7. US-FLOTTE mit dem Flugzeugträger "Enterprise", die Nixon zur Unterstützung der pakistanischen Aggression gegen Indien am 14.12.71 in den Golf von Bengalen entsandt hatte, wurden mittlerweile wieder ins Südchinesische Meer zurückgezogen. Die USA betonten jedoch, daß sie "von Zeit zu Zeit" Patrouillenfahrten in den Indischen Ozean und das Arabische Meer zur Sicherung der fernöstlichen Ölversorgung aus dem arabischen Golf und zur Demonstration ihrer Präsenz unternehmen würden. Der "Weltpolizist" USA verfügt über Stützpunkte auf Diego Garcia (Mauritius) und Bahrain. Hauptaufgabe der 7. US-Flotte in Asien sei es, den verbündeten Ländern den NUKLEARSCHUTZ und, wenn erforderlich, logistische und taktische Unterstützung zu gewähren, erklärte in Saigon auf einer Pressekonferenz der Befehlshaber der 7. Flotte, Vizeadmiral William Mack. Niemand dürfe den amerikanischen Rückzug aus Vietnam als ein Zeichen der Schwäche auslegen. Wie der Admiral weiter berichtete, sucht die amerikanische Marine in Japan und anderen südostasiatischen

Ländern nach neuen Stützpunkten, von denen aus die 7. Flotte gegen jeden Aufstandsversuch eingreifen könne. Die Flotte besteht zur Zeit aus 95 Einheiten, darunter drei Flugzeugträgern und 25 Zerstörern. (NZZ v. 14.1.72 und SZ v. 8./9.1.72)

USA/THAILAND: Am 10.1.72 wurden auf dem riesigen, vom US-Imperialismus für Aggressionsflüge gegen die Völker Indochinas benutzten Flugplatz Utapao drei B 52-Bomber von kommunistischen Guerillas beschädigt. Diese - an sich unbedeutende - Aktion hat jedoch sog. verantwortliche Persönlichkeiten in Bangkok 'beunruhigt', da sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, da das Regime an mehreren Fronten gleichzeitig bedroht wird.

Zum einen haben die 20 (von den USA finanzierten) thailändischen, in Laos operierenden Bataillone in jüngster Zeit schwere Niederlagen einstecken müssen (Ebene der Tonkrüge, Base von Long-Cheng). Zweitens erlangen die peripheren US-Basen (allein 6 in Thailand) im Rahmen der sog. Vietnamisierung verstärkte Bedeutung für die Strategie der US-Imperialisten; außerdem dient der Hafen von Utapao als wichtiger Nachschubweg für Waffenlieferungen nach Laos wie Nordost-Thailand. Drittens - und diese Tatsache erscheint Bangkok die bedrohlichste - hat sich die Bewaffnung der Befreiungskämpfer in der letzten Zeit erheblich verbessert. Von den befreiten Gebieten im Nordosten des Landes und im Norden, wo sie zusammen mit den Meos gegen die thailändischen Marionetten kämpfen, haben sie Vorstöße in bislang von Bangkok kontrollierte Regionen unternommen und das Gebiet von Kalasin angegriffen, wo derzeit der US-amerikanische Öl-Konzern Union Oil Prospektierungsarbeiten begonnen hat. Darüberhinaus hat die Kommunistische Partei im Dezember letzten Jahres über den Rundfunk zur Koordination des Befreiungskampfes an der Seite der indochinesischen Völker aufgefordert. Daß die bislang scheinbar sichere Operationsbasis Thailand immer stärker in den gemeinsamen Widerstand gegen den US-Imperialismus und seine lokalen Statthalter einbezogen wird, darin liegt der 'beunruhigende' Aspekt des spektakulären Angriffs auf Utapao. (Le Monde v. 11.1.72, 12.1.72 und 15.1.72).

USA: Das Informationszentrum des Nationalen Kirchenrats der USA (NCC) hat enthüllt, daß zehn protestantische KIRCHEN und der NCC selbst, die ausnahmslos den US-Krieg in Indochina und die hohen Militärausgaben kritisieren, mit insgesamt 203 Mio Dollar an 29 führenden Unternehmungen der RÜSTUNGSINDUSTRIE beteiligt sind und damit beträchtliche Summen verdienen. Die Vereinigte Methodistenkirche ist mit 59,7 Mio Dollar, die Vereinigte Presbyterianische Kirche mit 57,8 Mio Dollar in der Rüstungsindustrie beteiligt - und zwar vorwiegend bei IBM, General Motors, General Electric, Texaco und Lockheed. Sie haben zusammen mit dem NCC im Jahr 1970 aus ihren Rüstungsbeteiligungen einen Profit von 6,2 Mio Dollar gezogen. (SZ, 14.1.72)



BRD: Seit dem Bekanntwerden der jüngsten Aggressionsakte der USA gegen die Völker Indochinas wurden in der BRD in über 20 Städten bisher insgesamt 68.331,00 DM als Beitrag für die materielle Hilfe gesammelt.

EKUADÓR: Der Generalsekretär der KP Ekuadors, Pedro Saad, erklärte anlässlich des Besuches des chilenischen Präsidenten Allende in Ekuador, in welcher Weise der Sieg der chilenischen Unidad Popular die Politik seiner Partei beeinflusst hat: "[...] Zu den Lehren, die uns das Beispiel Chiles erneut vermittelt, gehört die Notwendigkeit einer breitangelegten Bündnis-

politik. Ein dreiviertel Jahr vor den für Juni 1972 vorgesehenen Wahlen auf allen Ebenen, durch deren Ankündigung sich die Diktatur (Velasco Ibarra), aus der Sackgasse retten will, formieren sich die linken und demokratischen Kräfte in der Unidad Popular. Sie umfaßt gegenwärtig neben der KP EKUADORS die Hauptgruppe der SOZIALISTISCHEN PARTEI, die DEMOKRATISCHE VOLKSUNION und die NATIONALE UNION DER REVOLUTIONÄREN LINKEN. Ihr gehört die Unterstützung der CTE - der stärksten Gewerkschaftszentrale des Landes. Unter Liberalen und Christdemokraten bestehen starke Strömungen, die auf ein Volksbündnis der linken Kräfte Kurs nehmen." (UZ, 21.1.72)

KOLUMBIEN: Zwischen dem 7. und 16.1.72 fanden an verschiedenen Orten im Nordwesten und Nordosten des Landes GUERILLA-AKTIONEN statt, an denen Trupps von ca. 200 Mann beteiligt waren. Im Verlauf der Aktionen wurden mehrere Dörfer und Kleinstädte besetzt, Polizeistationen überfallen, Vertreter der Oligarchie entführt und die Bevölkerung mit den Zielen der Guerillas bekannt gemacht. Es handelt sich bei diesen Ereignissen um die massivsten Aktionen von Guerillas in Kolumbien seit 1965. Obwohl Präsident Pastrana und die hohen Militärs mehrfach versichert hatten, daß die Guerillabewegungen ausgelöscht seien, sahen sie sich jetzt gezwungen, den "Nationalen Sicherheitsrat" einzuberufen und "Notstandsmaßnahmen" zu beraten.

KOLUMBIEN: Der XI. Parteitag der KP KOLUMBIENS beschloß ein MINIMALPROGRAMM, das es gestatten soll, alle antioligarchischen, antiimperialistischen und demokratischen Kräfte auf einer gemeinsamen Plattform zusammenzuschließen, insbesondere bei der Kampagne für die Regionalwahlen 1972 und die Präsidentschaftswahlen 1974. Das Minimalprogramm sieht u.a. vor: die Nationalisierung der Erdölindustrie, die Durchführung einer Agrarreform und die Enteignung der Großgrundbesitzer, Lohnerhöhungen, Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie die Einleitung einer Universitätsreform. (Horizont 3/72)

H = Horizont
 ND = Neues Deutschland
 FR = Frankfurter Rundschau
 ED = Extradienst

SZ = Süddeutsche Zeitung
 NZZ = Neue Zürcher Zeitung
 HB = Handelsblatt